



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 1

Januar 1971

Editorial

S. 2

Chile

Luis Corvalan: Die Chance des Sieges

S. 3 - 6

Syrien

Interview mit Khaled Bagdache

S. 6 - 8

Indien

Der Kampf um den Boden
Karte der Provinzen

S. 8 - 12

S. 9

Stockholmer Kriegsverbrecher Kommission

Die Verbrechen der US-Imperialisten in ihrem
Vernichtungskrieg gegen die DRV

S. 12

Karte der Provinzen der DRV

S. 14 - 20

Die chemische Kriegsführung der USA in Südvietnam

S. 20 - 24

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Hiltraud Geißel, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Karl Unger, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L. Liebigstraße 46 (Telefon 06421 / 24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

EDITORIAL

"Der Zusammenbruch des Kolonialsystems hat die Positionen des Imperialismus entscheidend geschwächt. Im letzten Jahrzehnt ist die Rolle der antiimperialistischen Bewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im revolutionären Weltprozeß weiter gewachsen."

Die Herausgeber des "Antiimperialistischen Informationsbulletins" teilen diese Einschätzung der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 in Moskau ebenso wie die Bestimmung der Hauptkräfte im antiimperialistischen Kampf:

"Im Kampf gegen den Imperialismus vereinigen sich drei mächtige Kräfte der Gegenwart: das sozialistische Weltsystem, die internationale Arbeiterklasse und die nationale Befreiungsbewegung." Diese drei Hauptkräfte haben trotz aller Schwierigkeiten das Kräfteverhältnis zunehmend zu ihren Gunsten verändern können und immer bessere Bedingungen für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker und Klassen geschaffen.

Der Imperialismus ist zwar außerstande, seine verlorene historische Initiative wiederzuerlangen, hat aber keineswegs an Gefährlichkeit verloren. Mit der Verschärfung seiner inneren Krisenhaftigkeit und des im Weltmaßstab bestehenden Grundwiderspruchs zwischen Imperialismus und Sozialismus geht gegenwärtig eine wachsende Aggressivität der imperialistischen Politik einher. Besonders deutlich manifestiert sich dies in der direkten Aggression der US-Imperialisten und ihrer Verbündeten gegen die nationalen Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

In dieser Situation soll das "Antiimperialistische Informationsbulletin" vor allem folgende Aufgaben wahrnehmen:

- den Kampf der antiimperialistischen Bewegungen der drei Kontinente in deren Selbstdarstellung dokumentieren;
- den verbrecherischen und klassenbedingten Charakter imperialistischer Politik -insbesondere der USA und der BRD- aufdecken;
- diesen Kampf als Teil des gemeinsamen Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte ins allgemeine Bewußtsein rücken;
- die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen verstärken helfen, um damit auch einen Beitrag zum Kampf gegen die eigene herrschende Klasse zu leisten.

BESTELLUNGEN

für das

"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 6 Nummern 7,50 DM einschließlich Porto

für 12 " 15,-- DM einschließlich Porto

Einzelpreis : 1,50 DM

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"

p.A. Barbara Schilling

355 Marburg/Lahn

Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSc.Kto Nr. 312 093,

PSchA Frankfurt/M., Barbara Schilling,

Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Antiimperialistisches
Informationsbulletin 2/71
bringt u.a.:

ANGOLA
Chemische Kriegsführung

BRASILIEN
Kampf gegen den Faschismus

INDONESIEN
Profil einer Neokolonie

PERU
Analyse der Militärrückbildung

ZIMBABWE
ZAPU - Im Kampf gegen
Rhodesien

Redaktionsschluß für diese Nummer war der
I.I.1971

CHILE

Der Generalsekretär der KP Chiles, Luis Corvalan, hielt die folgende Rede auf der ZK-Tagung vom 26.-28.II.1970. Nach einer Einschätzung der ersten Aktionen der Volksfrontregierung analysiert Corvalan den formierten Angriff der Reaktion auf die Regierung Allende. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stehen die nächsten Aufgaben der Unidad Popular und die Maßnahmen der KPC.

Die Dokumentation über Chile wird fortgesetzt. In AIB Nr. 5 haben wir bereits eine volkswirtschaftliche Übersicht, die Geschichte der Entstehung der Volksfront, das Grundsatzprogramm der Unidad Popular und eine Resolution der KPC veröffentlicht.

LUIS CORVALAN: DIE CHANCE DES SIEGES

Noch nicht einmal ein Monat ist seit der Bildung der neuen Regierung vergangen, und doch ist schon deutlich sichtbar, daß es sich nicht einfach um eine Regierung schlechthin, sondern um eine revolutionäre Volksregierung handelt, die sich auf die Nation stützen muß, um ihre brennenden Aufgaben entschlossen lösen zu können. Zum erstenmal in der Geschichte unseres Landes sind in der Regierung vier Arbeiter vertreten, nicht aber die Abgesandten des Imperialismus, der großen Unternehmen und der Großgrundbesitzer.

Erste Maßnahmen der neuen Regierung

Ohne irgend jemand um Erlaubnis zu fragen, hat die neue Regierung die Beziehungen zu Kuba wieder aufgenommen, den chilenischen Vertreter aus der sogenannten UNO-Kommission für die Wiedervereinigung Koreas zurückgezogen, diplomatische Beziehungen mit Nigeria aufgenommen, die Handelsbeziehungen mit der Koreanischen Volksdemokratischen Republik normalisiert und erweitert. Sie stimmte für die Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO und machte den fortwährenden Erhöhungen des US-Dollar-Wertes im Lande ein Ende. Die Regierung hat eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die ihre Würde und Unabhängigkeit gegenüber den Interessen und Erpressungsmethoden des Imperialismus deutlich werden lassen.

Die entlassenen Arbeiter und Angestellten der Betriebe El Salvador, Empresa Nacional de Minería und der Fluggesellschaft Línea Aérea Nacional erhielten wieder eine Beschäftigung. Über 20 Preiserhöhungen, die noch die alte Regierung verfügt hat, wurden annulliert. Die Tarife für Elektroenergie entsprechen jetzt wieder dem alten

Stand. Die Aufgabe, jedem Kind einen halben Liter Milch täglich zukommen zu lassen, ist in Angriff genommen. Die medizinische Betreuung in den Ambulatorien und Polikliniken erfolgt nunmehr kostenlos. Die Grupo Móvil de Carabineros (eine Polizeieinsatztruppe namentlich zur Bekämpfung von Demonstranten - die Red.) wurde aufgelöst. Während man gleichzeitig die Wachsamkeit in den Gemeinden gegen die Feinde erhöht hat, dienen jetzt die Einsatzfahrzeuge der Carabineros der öffentlichen Wasserversorgung.

Insgesamt leitete die Regierung eine Reihe administrativer Maßnahmen ein, die ihre ehrlichen und aufrichtigen Absichten beweisen. Sie verfügte, bei den Bauarbeiten für die neue Untergrundbahn in Santiago zuerst die Arbeiterwohnviertel zu berücksichtigen. Ein Beschluß sieht die Gründung des Nationalrates für Ökonomie vor, in dem auch die Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Organisationen vertreten sein werden. Die Ministerien und alle öffentlichen Ämter stehen jetzt dem organisierten Volk für Eingaben offen. Ein neuer Leitungsstil im Kontakt und im Einvernehmen mit den Massen hält Einzug.

Die früheren Regierungen betrachteten die Angleichung der Löhne an die Preise immer als eine unlösbare Aufgabe. Das wird sich jetzt ändern. Die Angleichung muß ein Instrument der sozialen Gerechtigkeit sein und helfen, die Industrieproduktion zu entwickeln. Es ist geplant, die Löhne und Gehälter den erhöhten Lebenshaltungskosten ohne Abstrich anzupassen. Die niedrigsten Renten, Minimallohne und -pensionen, die Familienbeihilfe für Arbeiter und Bauern, die Einkünfte des Zivilpersonals der öffentlichen Verwaltung und der Angehörigen der bewaffneten Kräfte werden erhöht. Die Regierung

beabsichtigt, die Höhe der Spitzengehälter zu begrenzen. Eine der Hauptaufgaben besteht darin, die Preise zu stabilisieren und die Arbeitslosigkeit zu verringern.

Die Tragweite der eigentlichen revolutionären Ziele

Die Politik der Volksregierung ist darauf gerichtet, für mehr und besser bezahlte Arbeit zu sorgen, zugunsten breiter Kreise der Lohnempfänger eine gerechtere Verteilung der Einkommen zu erreichen, die Inflation zu unterbinden, die Kaufkraft der Massen zu erhöhen und die Kapazität der Industrie voll zu nutzen. Solch eine Politik entspricht voll und ganz den Interessen der Arbeiter, des gesamten Landes und den programmatischen Erklärungen der Unidad Popular. Ihre Politik ist aber noch weitreichender. Sie zielt auf eine ganz neue Struktur der Wirtschaft und auf eine Veränderung des bestehenden Systems ab. Die ganze Tragweite ihrer eigentlichen revolutionären Ziele dürfte noch deutlicher zutage treten, wenn in Kürze die größeren Aufgaben in Angriff genommen werden wie die Nationalisierung der Kupfergruben, der Banken, die Verstaatlichung einer Reihe monopolistischer Industriebetriebe und wichtiger Unternehmen des Außenhandels, die tiefgreifenden und schnellen Veränderungen auf dem Lande. Die Verwirklichung dieser Hauptaufgaben des gemeinsamen Programms erfordert einen fortwährenden Kampf des Volkes und der Regierung. Sie müssen stets die gleiche Marschrichtung beibehalten und das richtige Ziel anvisieren.

Alle Probleme und Aufgaben, vor denen die Volksregierung steht, sind nur mit Hilfe der kampfbereiten Massen zu bewältigen. Deshalb begrüßen wir die Haltung der einheitlichen Gewerkschaftsorganisation (Central Unica de

Trabajadores), die Wirtschaftspolitik der Regierung entschlossen zu unterstützen, die Zusage der Jugendorganisationen an die Unidad Popular, 50 000 Jugendliche für freiwillige Arbeiten beim Bau von Sportanlagen, Schwimmbädern, Parks, Häusern und Straßen zu mobilisieren, und den Beschluß des Studentenbundes (Federacion de Estudiantes), aktiv bei der Überwindung des Analphabetismus und bei der Wiederaufforstung mitzuhelfen.

Die Interessen der Arbeiter und Volksmassen insgesamt hängen nicht mehr vom Gelingen dieser oder jener spezifischen Kampagne für ihre Forderungen ab, sondern vom Schicksal der Regierung der Unidad Popular, von der Erfüllung ihrer programmatischen Ziele.

Die Arbeiterklasse hat jetzt eine größere Verantwortung zu tragen. Auf Grund ihrer zahlenmäßigen Stärke, ihres politischen Bewußtseins, des Grades ihrer Organisiertheit und der Tatsache, daß sie in den größten Industriezentren zusammengeballt ist, kann und muß sie diszipliniert, kampfbereit und schöpferisch handeln und entscheidend auf den Verlauf der Ereignisse einwirken.

Die Regierung, an deren Spitze Salvador Allende steht, ist vor allem eine Errungenschaft der Arbeiterklasse. Ihre soziale Zusammensetzung und ihr Programm geben ihr die reale Möglichkeit, Kurs auf den Sozialismus zu nehmen, der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt. Deshalb ist es aller Anstrengungen der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und den übrigen werktätigen Schichten wert, sich voll und ganz für den Erfolg dieser Regierung einzusetzen.

Das erfordert in einigen Fällen eine andere Einstellung und eine andere Geisteshaltung. Gleichzeitig ist es notwendig, indifferente Positionen ebenso aufzugeben wie das Denken, das sich nur auf ökonomische Kategorien oder auf kommunale Ebenen beschränkt.

Der Feind räumt nicht freiwillig das Feld

Der Sieg unseres Volkes fügt sich in das Bild einer neuen Situation ganz Lateinamerikas, in der die fortschrittlichen Kräfte im Vormarsch sind. Unser Sieg ist gleichzeitig beredter Ausdruck für diese Erscheinung.

Lateinamerika ist keine erstarrte Welt, sondern im Aufbruch zu einem besseren Leben. Der Imperialismus war nicht imstande, die Wege zu versperren, die mit der kubanischen Revolution zu einer neuen, historischen Etappe auf unserem Kontinent führten. Mehr noch, die Yankee-imperialisten sahen sich außerstande, in der gewohnten Weise zu intervenieren. Sie sind in anderen Teilen der Erde zu sehr engagiert, vor allem in Südostasien. Sie wissen auch, daß ein Frontalangriff gegen Chile alle Völker des Kontinents zum Kampf mobilisieren würde. Ich denke an jene Völker, die ihre Sympathien und ihre Un-

terstützung für diese neue revolutionäre Volksregierung bereits bekundet haben. Wir können also mit der internationalen Solidarität rechnen. Aber wir Chilenen sind in allererster Linie selbst dafür verantwortlich, den errungenen Sieg zu festigen. Das ist unsere oberste Pflicht gegenüber den Brudervölkern Lateinamerikas und der gerechten Sache der ganzen Menschheit.

Das Volk hat die Regierungsgewalt übernommen und damit einen Teil der politischen Macht. Diese Errungenschaft muß verteidigt und gefestigt werden, damit die gesamte politische Macht, der ganze Staatsapparat unter den Bedingungen einer pluralistischen Gesellschaft in dessen Hände übergeht. Außerdem ist es notwendig, den Imperialismus und die Oligarchie aus den Zentren der wirtschaftlichen Macht zu verdrängen, die gesamte wirtschaftliche und politische Macht in den Dienst des nationalen Fortschritts, des Wohlstands der breiten Massen, der Kultur und einer neuen Moral zu stellen.

Das ist eine gigantische Aufgabe, deren Lösung nur das Ergebnis des gemeinsamen Kampfes des ganzen Volkes, der Mobilisierung von Millionen Chilenen sein kann. Der Feind wird uns das Feld nicht freiwillig räumen. Es ist bekannt, was er alles unternahm, was er versuchte, um uns erst den Wahlsieg streitig zu machen und die Bildung der Volksregierung zu verhindern. Er ging so weit, den Oberkommandierenden des Heeres, General René Schneider, zu ermorden.

Von der Mehrheit des Volkes isoliert und gehaßt, zog der Gegner sich in den ersten Tagen unmittelbar nach Bestätigung des Wahlsieges Allendes durch beide Kammern des Kongresses zunächst etwas zurück. Aber schon wieder erhebt er sein Haupt und organisiert einen hartnäckigen Widerstand.

Machenschaften der Reaktion

Für die Rechten war die Existenz der Christdemokraten stets ein schwieriges Problem. Zuweilen versuchte man, sie einfach an die Wand zu spielen. Jetzt aber will man sie umgarnen. Die Rechten haben einen Plan ausgeheckt, wonach die Unterstützung einiger grundlegender Maßnahmen der Volksregierung durch die Christdemokraten verhindert werden soll. Mit der Wahlniederlage Alessandris haben sie sowohl ihre letzte Hoffnung im Wahlkampf als auch ihren Führer verloren. Deshalb versucht man jetzt, den Expräsidenten Frei zum Chef der Opposition zu machen. Diese reaktionären Machenschaften sind von einem Teil der christdemokratischen Führer wohlwollend aufgenommen worden. Andere Christdemokraten haben sich allerdings gegen eine mögliche offene und auf unsicheren Füßen stehende Opposition ausgesprochen und entschieden. Das sind vor allem jene Kreise, die hinter der Tageszeitung „La Prensa“ stehen.

Es gibt auch solche Elemente, die das

Wohnungselend und die Tatsache ausnutzen, daß die neue Regierung ein Puerto Montt nie zulassen und auf das Volk nie schießen lassen würde. Sie haben die Besetzung von Häusern und Gebäuden durch die Bevölkerung organisiert, die von Professoren, Angehörigen der Streitkräfte und der Fluggesellschaft Linea Aérea Nacional bezogen werden sollten.

Der Präsident der Republik selbst ist den reaktionären Kräften entgegengetreten. Das ist unser aller Pflicht. Wir haben in den Ortschaften die Aufgabe, die Machenschaften der Rechten zu entlarven. Besonders wir Kommunisten müssen uns ganz offen an die Massen wenden und die Falschspieler politisch besiegen.

Die Tageszeitung „El Mercurio“ tut das ihre, aber unter einer neuen Maske. Sie paßt sich den veränderten Bedingungen an, um so der Regierung ihre vermeintliche Reverenz zu erweisen. In den vergangenen Jahren verleumdete sie hartnäckig Dr. Allende. Im Wahlkampf behauptete sie, der Sieg des jetzigen Präsidenten bedeute den Weltuntergang, den Triumph der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei. In einem politischen Kommentar vom 8. November hatte „El Mercurio“ die Stirn, zu behaupten: „Sei es, wie es sei, die öffentliche Meinung sieht im Wahlsieg von Dr. Allende nicht das Glück einer Gruppe von Parteien, sondern vielmehr den Sieg eines Führers, der tapfer für die Position gekämpft hat, die er jetzt hält.“ Und im nächsten Absatz läßt sie dann die Katze aus dem Sack: „Der Charakter des chilenischen Präsidentenamtes befugt den Mann mit einer so hohen Berufung dazu, sich von den engen Parteiinteressen zu lösen.“

Dieser Schuß des Leib- und Magenblattes des rechten Klüngels wird ins Leere gehen, weil Salvador Allende nicht müde wurde, zu bestätigen, daß sein Sieg nicht der Triumph eines einzelnen Mannes oder einer Partei sei, sondern der Sieg der Unidad Popular, der Sieg des Volkes. Das ist im ganzen Land bekannt.

Die verschiedenen Unternehmergruppen wetteifern miteinander, der neuen Regierung willfährig ihre Mitarbeit anzubieten. Natürlich muß man hierbei unterscheiden. Es gibt kleine und mittlere Kapitalisten, die keinen Grund haben, sich anders zu verhalten. Sie sind vielmehr geneigt, auf ökonomischem Gebiet ihre Bereitschaft zur Kooperation zu beweisen. Aber es gibt andere, die man mit dem Wolf im Schafspelz vergleichen kann. Heute bieten sie ihre Mitarbeit an und hoffen dann morgen, den Maßnahmen der Regierung bei der Umstrukturierung der Wirtschaft zu entgehen. Sie setzen also auf die Konzilianz der Unidad Popular. Dieses Manöver ist vergebens. Auch dieser Schuß wird nach hinten losgehen.

Mit Zähnen und Klauen werden sich die Imperialisten an ihren Positionen festklammern. Sie werden versuchen, Ver-

wirung zu stiften, Mißtrauen zu säen, Intrigen zu spinnen, die Volkskräfte gegeneinander auszuspielen, die Parteien und ihre Führer zu korrumpieren. Das Washingtoner Blatt „The National Observer“ sagte die Ermordung von Salvador Allende voraus. Diese Zeitung kennt sogar die mutmaßlichen Täter. Sie verschont selbstverständlich die Rechten und versucht auf plumpe Weise, die Linken in Verruf zu bringen. Die Imperialisten und die einheimische Oligarchie stellen sich auf Subversion ein, und wenn das ihnen nichts nützt, auf den Staatsstreich. Deshalb müssen wir alles tun, um ihnen eine Zwangsjacke anzulegen, bevor sie uns den bewaffneten Kampf aufzwingen können.

Die Verfassung, die Gesetze, eigentlich die ganze Staatsordnung entsprechen vorwiegend noch den Interessen der Bourgeoisie und Oligarchie. Wie wir alle wissen, hat die Bourgeoisie im Parlament, im Justizapparat und in den Massenkommunikationsmitteln immer noch starke politische Positionen. Im Nationalkongreß verfügt die Unidad Popular nur über eine einfache relative, aber nicht über die absolute Mehrheit. Auch das sind Hindernisse, die wir nicht vergessen dürfen. Hoffen wir, daß die Christdemokraten nicht die Marschrichtung verlieren und die Nationalisierung der Kupfergruben sowie andere Maßnahmen unterstützen, die mit den programmatischen Thesen dieser Partei übereinstimmen und die einer Sanktion durch die Legislative bedürfen. Wir vertrauen vor allem auf die Mobilisierung des Volkes und aller patriotischen Kräfte, die bereit und fähig sein werden, die Schwierigkeiten überwinden zu helfen.

Unidad Popular – Eckpfeiler für den Sieg

Nach der letzten Verfassungsreform hat der Präsident der Republik das Recht, einen Volksentscheid auszurufen, um das Parlament im Falle eines Konflikts auflösen zu können. Zu gegebener Zeit wird man davon Gebrauch machen müssen, um einer neuen Verfassung, einer neuen Staatsordnung, einem Volksstaat zum Durchbruch zu verhelfen.

Angesichts des Widerstands des Klassenfeindes und der Hindernisse, die er uns bei der Verwirklichung unseres Programmes in den Weg stellt, muß man an die eindringlichen Worte denken, die Salvador Allende am 5. November im Estadio Nacional ausrief: „Ich war stets der Meinung, und ich bekräftige nochmals, daß die Einheit der Parteien, die unsere Bewegung mit ihrem so eindeutig nationalen und patriotischen Charakter verkörpern, die eiserne Stärke bildet, mit der wir die uns künstlich aufgebürdeten Schwierigkeiten überwinden und unaufhaltsam auf dem Wege zu einem glücklicheren Leben für alle Chilenen voranschreiten werden.“

Die Kommunistische Partei folgt diesem Aufruf und macht ihn zu dem ihren. Die Unidad Popular war und bleibt der Schlüssel unseres Sieges.

Das Bündnis zwischen Kommunisten und Sozialisten ist und wird auch in Zukunft die Basis unserer Einheitspolitik bleiben. Aber gleichzeitig treten wir für die Unidad Popular und die Einheit mit allen antiimperialistischen und antioligarchischen Kräften ein. Wir werden auch in Zukunft versuchen, neue Kräfte für die Sache des Volkes zu gewinnen, um sie zu stärken und zu befähigen, alle Hindernisse zu nehmen, den Feind zu schlagen und das Programm zu verwirklichen.

Trotz aller Schwierigkeiten ist die augenblickliche Situation sehr günstig für die revolutionären Veränderungen durch die Regierung. Hinter ihr steht die große Mehrheit des Landes. Im nationalen und internationalen Rahmen genießt sie große Autorität. Große Kreise, die noch gestern abseits standen, schließen sich heute um die Unidad Popular zusammen. Im Kampf gegen den Imperialismus und die Oligarchie, für die Erfüllung des Programms ist es möglich, ein neues Kräfteverhältnis und eine noch festere nationale Mehrheit zu schaffen.

Es wäre falsch, die Kräfte des Feindes und seine Möglichkeiten zu unterschätzen, aber es wäre ebenso falsch oder sogar noch schlimmer, die eigenen Kräfte zu unterschätzen.

Erhöhte Verantwortung der Einheitskomitees

In den wenigen Tagen, die seit dem Amtsantritt der neuen Regierung vergangen sind, überwog die gemeinsame Aktion, das Verständnis und die Solidarität zwischen allen Kräften der Linken.

Die Normen und Grundsätze der im Wahlkampf entstandenen Komitees der Unidad Popular erfordern von allen strenge politische Disziplin. Das bedeutet z. B., wenn erst einmal eine Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß getroffen wurde, dann hat sich auch jeder daran zu halten.

Während des Wahlkampfes wurden 14 800 Komitees gegründet. Vielleicht werden nicht alle funktionsfähig bleiben. Einige von ihnen waren lediglich Wahlkomitees, aber die Mehrzahl ist stark genug, um auch in Zukunft wichtige Aufgaben zu lösen. In den Industriebetrieben, im öffentlichen Dienst, in den Gemeinden und auf den Gütern muß man dafür Sorge tragen, daß sie regelmäßig arbeiten. Hier erfordert der Umfang der Probleme und Aufgaben, daß sich Sozialisten, Radikale, Kommunisten und die übrigen Verbündeten der Linken täglich verständigen.

Die Komitees waren eine Hauptstütze für den Sieg am 4. September. Unter der Volksregierung haben sie eine große Verantwortung zu tragen. Über-

all und auf allen Ebenen müssen sie zusammen mit den Massenorganisationen und den Regierungsorganen die konkreten Aufgaben zur Erfüllung des Programms erörtern. Deshalb werden sie bei dessen Verwirklichung Motor und gleichzeitig Organe zur aktiven Mitwirkung des Volkes in Regierungsangelegenheiten sein. Die Komitees müssen auch die Wachsamkeit gegenüber Mägnern und hinterhältigen Absichten der Reaktion und des Imperialismus erhöhen.

Im Programm der Unidad Popular heißt es: „Die Gewerkschaften und gesellschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Bauern, Hausfrauen, Einwohner, Studenten, Intellektuellen sowie die Handwerker, kleinen und mittleren Unternehmer und die übrigen Kreise der werktätigen Bevölkerung sind aufgerufen, auf der jeweils in Frage kommenden Ebene bei der Ausarbeitung von Beschlüssen der Regierungsorgane mitzuwirken.“

Heute beginnt man bereits danach zu verfahren. Das Mitregieren des Volkes – nicht nur durch die Linksparteien, sondern auch durch die Vertreter der Gewerkschaften und der übrigen gesellschaftlichen Organisationen – ermöglicht eine weitgehende Widerspiegelung der Bedürfnisse, der Wünsche und Reaktionen der Volksmassen. Das hilft im Staatsapparat den Kampf gegen Bürokratismus und Trägheit zu führen, die Meinungen und Vorschläge breiter Kreise zu berücksichtigen und gleichzeitig, sich von den wirklichen Möglichkeiten und Schwierigkeiten zu überzeugen, die sich für die Volksregierung ergeben. Unter den neuen Bedingungen gilt es, die Unidad Popular auf allen Ebenen, von oben nach unten, zu stärken. Sie muß noch operativer wirken. Unter Wahrung der Eigenständigkeit jeder Partei und jedes Bündnispartners ist es notwendig, daß sich alle immer fester zusammenschließen, im Denken und im Handeln. Das ist eine Grundvoraussetzung für den Erfolg der Volksregierung.

Appell an die MIR

Die Kommunistische Partei Chiles hat seit vielen Jahren auf eine Einheitsfront aller linken Kräfte orientiert und die Möglichkeit, mit Hilfe dieses Kampfbündnisses die Regierungsgewalt zu erobern, zu ihrem Ziel erklärt. Das hat sich als richtig erwiesen. Die Politik der Ultralinken war hingegen der revolutionären Bewegung abträglich.

Die Tatsachen bestätigen, daß die stärkste Gruppierung der Ultralinken, die MIR (Movimiento Izquierdista Revolucionario – Linke Revolutionäre Bewegung – die Red.), mit ihren Predigten gegen die Wahlen, gegen eine Verständigung mit den Radikalen und für den bewaffneten Kampf als Hauptform der Auseinandersetzung der Sache des Volkes geschadet hat. Auch die Banküberfälle und ähnliche Aktionen, die dann von den Rechten weidlich

gegen alle Linken ausgeschlachtet wurden, haben nur Schaden angerichtet. Man muß allerdings sehen, daß die MIR kurz vor den Wahlen die Möglichkeit eines Wahlsieges erkannte und demzufolge von ihrem bisherigen Kurs abwich. Aber auch nach dem 4. September war ihre Haltung nicht klar. Einerseits verurteilte sie gemeinsam mit den linken Verbündeten die terroristischen Pläne der Rechtsextremisten, und andererseits verübten ihre Anhänger neue Provokationen. Ebenso wenig akzeptabel wie diese Haltung ist der Versuch der MIR, nach dem Sieg den Verbündeten Vorschriften machen zu wollen. Mit ihrer eigenen Linie hat sie Schiffbruch erlitten. Trotzdem fühlt sie sich berufen, der gesamten Unidad Popular und der Regierung Vorschriften zu machen und die zukünftige Politik zu diktieren. Wir beziehen weder der MIR noch anderen Kräften gegenüber eine sektie-

rische Haltung. Es ist unser ernsthafter Wunsch, daß alle, die für die Revolution eintreten, welche Fehler sie auch immer begangen haben mögen, zum Erfolg der Volksregierung beitragen.

Vor einer großen politischen Schlacht

Im kommenden April finden die Kommunalwahlen statt. Es werden die ersten Wahlen unter der Volksregierung sein. Wir sind der Meinung, daß im Wahlkampf außer den spezifischen Kommunalproblemen auch die großen Aufgaben für die gesellschaftlichen Veränderungen eine Rolle spielen sollten.

Diese Wahlen müssen eine große politische Schlacht für die Volksregierung und zur Unterstützung der programmatischen Aufgaben der Unidad Popular werden. Der Kampf um die Nationalisierung, die Agrarreform, die Veränderungen der Staatsordnung müssen im Mittelpunkt unserer Tätigkeit stehen.

Wir übernehmen das Land mit einem heruntergewirtschafteten Staatshaushalt, mit Auslandsschulden, die sich auf über zwei Milliarden Dollar belaufen, mit einer Inflationsrate von jährlich 35 Prozent, mit Tausenden von Arbeitslosen, mit einem Defizit von 500 000 Wohnungen, mit elementaren Bedürfnissen des Erziehungs- und Gesundheitswesens, mit einer außerordentlich rückständigen Landwirtschaft und überalterten Industrieanlagen.

Die vor uns stehenden Aufgaben sind sehr groß, die Schwierigkeiten nicht gering, aber unser Land hat geistige Reserven, um aus dieser Prüfung der Geschichte siegreich hervorzugehen. In den letzten Monaten haben wir das in einer Weise bewiesen, die uns die Bewunderung der ganzen Welt einbrachte. Unsere natürlichen Reichtümer sind ausreichend, um das Volk und die ganze Nation zum Wohlstand zu führen.

(Aus „El Siglo“ vom 27. November 1970)

SYRIEN

Am 18. II. 1970 ernannte das regionale Kommando der regierenden Baath-Partei (Sozialistische Partei der arabischen Wiedergeburt) el Sayed Ahmed el Khatib zum neuen Staatschef der Syrischen Arabischen Republik (SAR). Er löst damit Dr. Nouredin el Atassi ab. Neuer Ministerpräsident wurde General Hafez el Assad.

Die Baath-Partei entstand 1953 aus der Verschmelzung der Partei der arabischen Wiedergeburt mit der Arabischen Sozialistischen Partei.

Lange Zeit vollzogen sich innerhalb der Baath-Partei Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppierungen, die 1966 zum Ausschluß der rechten Führer (M. Aflak, Salali al-Bitar u. a.) führten.

Ihrer sozialen Zusammensetzung nach ist sie eine Partei des nationalistischen Kleinbürgertums und der Intelligenz.

Khaled Bagdache, Generalsekretär des ZK der Syrischen Kommunistischen Partei, gab das folgende Interview Margarete Toulab (Horizont) und Manfred Pohl (ADN). Er gibt hier eine erste Einschätzung der neuen Regierung und der Aufgaben der SKP.

INTERVIEW MIT KHALED BAGDACHE

Frage: Unter welchen Bedingungen hat sich die Syrische Kommunistische Partei zur Beteiligung an der neuen SAR-Regierung Assad entschieden?

Antwort: Die Gespräche, die zwischen Vertretern unserer Parteiführung und General Hafez Assad sowohl vor als auch während der Bildung der neuen Regierung stattfanden, waren durch absolute Offenheit gekennzeichnet. Wir erläuterten in diesen Gesprächen mit aller Klarheit die prinzipielle Haltung sowie die politischen und gesellschaftlichen Ziele unserer Partei.

Kern der Erklärung vom 23. Februar

Das Zentralkomitee unserer Partei hat die von der provisorischen Regionalleitung der Baath-Partei am 16. November herausgegebene Erklärung als annehmbares Arbeitsprogramm betrachtet, für dessen Verwirklichung alle fortschrittlichen Kräfte zusammengeschlossen werden können. Der Kern dieser Erklärung ist das Fortschreiten in der Richtung des 23. Februar 1966, als die rechten Kräfte aus der Parteiführung der Baath sowie aus der Staatsmacht beseitigt wurden.

Bekanntlich ist die Richtung des 23. Februar 1966 hauptsächlich auch gekennzeichnet durch die Schaffung einer Form der Zusammenarbeit innerhalb und auch außerhalb des Staatsapparates mit der Kommunistischen Partei und anderen fortschrittlichen Kräften mit dem Ziel, die fortschrittlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen zu festigen und zu aktivieren, eine konsequentere Politik gegen den Weltimperialismus mit den USA an der Spitze durchzusetzen und umfangreichere und festere Freundschaftsbeziehungen mit der

Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern herzustellen. Bekannt ist auch, daß diese politische Richtung seit dem 23. Februar 1966 zu bedeutenden und positiven Ergebnissen geführt hat. Die Erklärung der provisorischen Regionalleitung der Baath-Partei enthält die Versicherung, die Tendenzen dieser Richtung fortzusetzen.

Erweiterung der Machtbasis

Wir unsererseits werden als Partei für die Durchführung des Inhalts dieser Erklärung in Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Kräften innerhalb und außerhalb der Regierung kämpfen. Hier soll auch darauf hingewiesen werden, daß die neuen regierenden Baathisten ihre Absicht gezeigt haben, die Zusammenarbeit mit anderen fortschrittlichen Kräften – einschließlich der Kommunistischen Partei Syriens – vorwärts zu entwickeln, und zwar durch den Übergang auf die Ebene einer fortschrittlichen Nationalen Front. Das ist die Front, deren Bildung unsere Kommunistische Partei während des ganzen vergangenen Zeitabschnitts gefordert und für die sie gekämpft hat.

Die Verwirklichung einer solchen Front schafft die Möglichkeit, daß die fortschrittlichen Kräfte gemeinsam eine aktivere Rolle im Leben des Landes spielen, sowohl in bezug auf die größte nationale Aufgabe, d. h. die Mobilisierung der Massen und der Energien für die Befreiung der okkupierten arabischen Gebiete und die Beseitigung der Folgen der kolonialistischen israelischen Aggression, als auch in bezug auf die Aufgaben, auf dem Wege des gesellschaftlichen Fortschritts durch die Festigung der progressiven wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen und deren weitere Entwicklung voranzuschreiten.

Schließlich sei eine andere wichtige Tatsache erwähnt, daß nämlich die neue syrische Regierung neben Vertretern der regierenden Baath-Partei auch Vertreter der Kommunistischen Partei, der Arabischen Sozialistischen Union, der Partei der sozialistischen Einheit, der Arabischen Sozialisten und einige Unabhängige vereinigt. Das bedeutet eine Erweiterung der Machtbasis hinsichtlich der Vertretung der verschiedenen progressiven Kräfte. Unsere Kommunistische Partei hat immer die Erweiterung der Machtbasis gefordert, damit diese Basis möglichst alle fortschrittlichen nationalen Kräfte umfaßt. Das waren zusammengefaßt die wichtigsten Faktoren für die Begründung des Parteibeschlusses über die Beteiligung der Partei an der neuen syrischen Regierung mit zwei Ministern: Genossen Yusef Faisal, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees, und Genossen Omar Sibai, Mitglied des Zentralkomitees und Vorsitzender der Kontrollkommission.

Bedingungen für die Teilnahme an der Regierung

Mit einem Wort: Die materiellen und objektiven Bedingungen der progressiven und nationalen Entwicklung im Land haben sich seit dem 23. Februar 1966 nicht geändert. Sie bestehen weiter. Das sind unter anderem

- die Bodenreform;
- die Verstaatlichung der großen Betriebe und Firmen;
- die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern;
- der Kampf gegen Imperialismus, Zionismus und Reaktion.

Wir haben uns für die Teilnahme an der Regierung entschieden, um diese Grundlagen zu schützen, zu verteidigen, zu festigen und weiterzuentwickeln. Damit wollen wir auch jeden Versuch der Rechten aller Schattierungen vereiteln, die diese Prinzipien untergraben und ihres Inhalts berauben möchten, indem sie ein Abweichen Syriens von seiner fortschrittlichen und nationalen Orientierung anstreben.

Im Kommuniqué unserer Partei „Über die jüngsten Entwicklungen in Syrien“ heißt es: „Die Syrische Kommunistische Partei hat in der Sitzung ihres Zentralkomitees die Teilnahme an der nach der jüngsten Krise der Baath gebildeten Regierung mit zwei Ministern beschlossen. Die Partei hat bei dieser Entscheidung keinerlei Illusionen über bestimmte Kräfte, die es hier und da mit verdächtigen rechten Tendenzen oder Gedanken gibt.“

Im selben Kommuniqué heißt es auch: „Wenn die Kommunistische Partei an einer der Regierungen teilnimmt, geht sie absolut nicht davon aus, daß diese Beteiligung ein Ziel darstellt. Sie betrachtet diese Teilnahme vielmehr nur als eine Form ihres Kampfes für die Verteidigung der nationalen Rechte des Volkes und seiner progressiven Errungenschaften. Wenn die Kommunistische Partei fühlt, daß ihre Vertretung in einem Kabinett oder in einem der Ministerien nicht mehr nützlich ist für die arabische Befreiungsbewegung, für die nationale Bewegung, für die Sache des gesellschaftlichen Fortschritts in der SAR und in der arabischen Welt – dann wird sie sich keinen Augenblick vor dem Rücktritt aus diesem Kabinett oder aus jenem Ministerium scheuen, um so die Massen zu warnen und mit ihnen sowie den progressiven Kräften des Volkes für die Verteidigung der nationalen und fortschrittlichen Errungenschaften zu kämpfen.“

Klassenauseinandersetzungen nicht aufgehoben

Daraus erklärt sich, daß sich unsere Partei der Fortsetzung des Klassenkampfes in Syrien voll bewußt ist. Die reaktionären und rechten Kräfte wenden mit allen nur möglichen Mitteln und Methoden ihre Tätigkeit und ihre Versuche fortsetzen, auf allen Gebieten Einfluß auf die Richtung des Landes zugunsten ihrer Klasseninteressen auszuüben, besonders auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung und des staatlichen Sektors. Aber klar ist uns auch, daß die Zusammenarbeit der fortschrittlichen Kräfte, das feste Bündnis ihrer Reihen und die Beteiligung all dessen, was die Beziehungen zwischen ihnen trübt, Tatsachen sind, die der Zerschlagung und der Abwehr aller Versuche der Reaktion und der rechten Kräfte dienen.

Wenn über Bedingungen gesprochen wer-

den soll, könnte man in diesen Darlegungen deutlich die grundsätzlichen Bedingungen unterstreichen, auf deren Grundlage unsere Partei der Teilnahme an der Regierung erneut zugestimmt hat. Unsere Partei setzt ihre auf dem III. Parteitag beschlossene Politik fort. Das ist eine Politik der Zusammenarbeit der progressiven Kräfte innerhalb und außerhalb der Regierung, der Wahrung des national und international eigenen Gesichts der Partei besonders in den prinzipiellen Fragen, in den großen politischen Problemen, in der Verteidigung und dem Schutz der Interessen der Arbeiter und Bauern und der Interessen aller werktätigen Massen sowie im Kampf für die Stärkung ihrer Rolle bei der Entwicklung des Landes und für die Sicherung ihrer Rolle bei der Mitbestimmung über alle Angelegenheiten des Landes.

Gemeinsame Basis der progressiven Kräfte

Frage: Welche Aufgaben sieht die Partei vor sich, insbesondere in bezug auf die Bildung einer Nationalen Front?

Antwort: Die wichtigste Aufgabe unserer Kommunistischen Partei ist, wie wir glauben, die umfangreiche Arbeit mit den Massen, mit den Arbeitern, mit den Bauern, mit der revolutionären Intelligenz und mit allen werktätigen Schichten für ihre aktive Einbeziehung in den Kampf gegen den Imperialismus, den Zionismus und die Reaktion, für die Beseitigung der Folgen der israelischen Aggression, für das ständige Vorwärtsschreiten auf dem Wege der gesellschaftlichen Entwicklung, für den Sozialismus und für die arabische Einheit. Das ist die ständig in allen Situationen vor der Kommunistischen Partei stehende Aufgabe. Das ist klar. Was nun die fortschrittliche Nationale Front betrifft, so schätzen wir sie als dringliches Erfordernis ein, das sich aus den Merkmalen der historischen Entwicklung Syriens sowie aus den gegenwärtig bestehenden eigenen objektiven Verhältnissen ergibt.

Im arabischen Syrien gibt es mehrere fortschrittliche Parteien und Kräfte, die ihren Einfluß, ihre Basis und ihre Massen haben. Das ist eine objektiv bestehende Tatsache, die man nicht übersehen oder dementieren kann und die unsere Partei immer wieder ans Tageslicht gebracht hat.

Heute freut es uns natürlich zu sehen, daß alle progressiven Kräfte, einschließlich der Sozialistischen Arabischen Baath-Partei, diese Lösung in ihren Erklärungen, Beschlüssen und verschiedenen Handlungen hervorheben. Wir glauben, es ist zugleich möglich und notwendig, daß sich die Bildung dieser fortschrittlichen Nationalen Front auf klaren politischen und organisatorischen Grundlagen vollzieht. Weiterhin gibt es bedeutende und fundamentale nationale und gesellschaftliche Forderungen, in denen die Haltung verschiedener fortschrittlicher und nationaler Parteien und Kräfte übereinstimmt. Sie sind alle

- für den Kampf gegen den Imperialismus, an der Spitze gegen den der USA;
- für den Kampf um die Beseitigung der Folgen der israelischen Aggression;
- für die Rechte des palästinensischen

arabischen Volkes auf Rückkehr in seine Heimat;

- + für seine Selbstbestimmung auf eigenem Boden und
- + für die Unterstützung der Widerstandsaktivitäten der Partisanen.

Sie betonen alle die Bedeutung der Festigung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern. Sie unterstützen alle den Beitritt Syriens zur Föderation VAR, Sudan und Lybien. Sie erklären alle ihre Unterstützung für jeden Schritt zur Einheit und für die Sache der umfassenden arabischen Einheit.

Was die Frage der gesellschaftlichen Entwicklung betrifft, so unterstützen sie alle

- + die Bodenreform;
- + die Verstaatlichung der Betriebe und Einrichtungen der Großbourgeoisie;
- + die Festigung und Stärkung des staatlichen Sektors in der Volkswirtschaft;
- + die Durchführung und Unterstützung der großen Entwicklungsprojekte, an der Spitze das große Projekt Euphrat-Staudamm, und
- + die sonstigen fortschrittlichen Forderungen und Ziele.(...)

Wirtschaftliche Erfordernisse

Frage: Welche dringenden Aufgaben stehen Ihrer Meinung nach vor der neuen Regierung der SAR?

Antwort: (...) Eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung auf innerem Gebiet ist die Behandlung der wirtschaftlichen Lage und die Fortsetzung der Entwicklungspolitik. Eine entwickelte Wirtschaft kann nicht geschaffen werden ohne die Erhöhung und den Absatz der Produktion, ohne die Beseitigung der Schwierigkeiten und Hemmnisse auf dem Gebiet der Versorgung, besonders bei der Bekämpfung der Preissteigerungen und bei der Erfüllung der lebenswichtigen Bedürfnisse der breiten Massen.

Das erfordert vor allem einen energischen Kampf gegen unrechtmäßige Gewinne und gegen die großen Kapitalisten, die immer noch eine große Rolle als Vermittler zwischen dem staatlichen Sektor im Handel und in der Industrie und dem Konsummarkt spielen. Die Befreiung der Volkswirtschaft von diesen Vermittlern und Kapitalisten liegt nicht nur im Interesse der Konsumenten, sondern befreit auch die kleinen Produzenten und Händler von der Ausbeutung durch einige große Ausbeuter. Die Verwirklichung dieser wirtschaftlichen Aufgaben erfordert vor allem die Säuberung des Staats-

apparates von den gegen den Fortschritt gerichteten Kräften, die mit allen Mitteln die Entwicklung zu hemmen und zu unterbinden versuchen. (...)

(Quelle: Horizont, H.52/1970)

INDIEN

Die folgende Erklärung der Kommunistischen Partei Indiens vom 13.5.1970 gibt einen kurzen Überblick über die Ursachen und das Ausmaß der Bodenbesetzungen in Indien. Außerdem werden die Probleme der Volksfrontregierungen von Kerala und Westbengalen analysiert. Die Kommunistische Partei (Marxisten)(KP(M)) spaltete sich während des indisch-chinesischen Grenzkonfliktes von der KPI ab. Heute zeichnen sich jedoch Tendenzen einer Einigung beider Parteien ab.

DER KAMPF UM DEN BODEN

Die letzten bedeutsamen Ereignisse brachten breite Schichten der Landbevölkerung - die Landarbeiter, die armen Bauern und die Stämme - aller Gebiete des Landes in Bewegung und regten sie zu Aktionen an. Die Niederlage der vereinigten Kräfte der Reaktion bei den Präsidentenwahlen, die Nationalisierung der Banken, die Spaltung innerhalb der Kongresspartei, die grundlegende Reform der Agrargesetzgebung und die praktischen Maßnahmen der Regierung der Vereinigten Front in Kerala und Westbengalen sowie das kämpferische Auftreten der werktätigen Massen haben in der werktätigen Landbevölkerung den Glauben an ihre Kraft gestärkt und sie zu neuen Kämpfen ermutigt. Auf der Tagesordnung steht wiederum die Frage der Liquidierung des gutsherrlichen Landbesitzes, der revolutionären Umgestaltung der Landwirtschaft und der Übergabe des Bodens an jene, die ihn bearbeiten.

In dieser günstigen Situation hat unsere Partei, wenn auch verspätet, im vergangenen Jahr gemeinsam mit Bauernorganisationen eine Kampagne für die Besitzergreifung unbebauten staatlichen Bodens, der zur Bodenbearbeitung geeignet ist, entfaltet.

Eine vom Aprilplenium (1969) des Nationalrats beschlossene Resolution richtete an alle Parteiorganisationen den Appell, sich gemeinsam

des Pachtgesetzes zu treffen und durchzuführen sowie die bestehenden Gesetze über die Beschränkung von Bodenbesitz anzuwenden. Auf Veranlassung des Premierministers beschloß der Kongreß eine durch Rundfunk vorbereitete Deklaration über radikale Änderungen der Agrargesetzgebung und Maßnahmen zur Bodenverteilung.

Sogar die vom Kongreß abgespaltene Gruppierung "Syndikat" sah sich zu einer Erklärung für die Durchführung des Bodenreformgesetzes gezwungen.

Die Regierungschefs der Staaten, in denen die Kongreßpartei an der Macht ist, der auch der Premierminister Indiens angehört, treten ebenfalls mit flammenden Aufrufen für die Verteilung brachliegender staatlicher Ländereien und für Gewährleistung der Rechte der Pächter ein. Allerdings umgehen sie die Frage der Änderung der bestehenden fiktiven Gesetze über die Begrenzung von Bodenbesitz mit Schweigen. Einige von ihnen erklären ganz offen, daß von einer Änderung keine Rede sein könne.

Sabotage der Bodenreform

Jene Regierungschefs, die der Gruppierung "Syndikat" angehören, zeigen keinerlei Enthusiasmus für eine Gesamtlösung des Bodenreformproblems. Das gilt für die Regierung des Staates Pandshab. Auch in Tamilnad, wo die Regierung der DMK-Partei (Drawida Mumetra Kashagam) mit linken Phrasen operiert, wird faktisch nichts zur Lösung dieses Problems unternommen. In dieser Hinsicht zeichnet sich besonders der Regierungschef der "Swatantra"-Partei im Staate Orissa aus, der offen erklärte, er werde keinerlei Änderungen der Agrargesetze dulden, und seine Regierung werde jeden Kampf um Boden unterdrücken.

Die Botschaft des Premierministers und die lautstarken Deklarationen einiger Regierungschefs werden zu nichts führen, wenn nicht die Landarbeiter, die arme Bauernschaft und die Stammesangehörigen durch eine aktive Massenbewegung den notwendigen Druck ausüben. Die Regierungschefs beabsichtigen keine radikalen Änderungen der Pachtgesetze und der Gesetze zur Begrenzung von Bodenbesitz. Sie wollen den Gutsbesitzern und den reichen Bauern die fruchtbaren Ländereien, die sich diese angeeignet haben, nicht wegnehmen. Sie unterstützen die Gutsbesitzer bei ihren Versuchen, die verschiedenen Volksschichten gegeneinander aufzuhetzen, um die Einheit der Massen zu untergraben und ihnen die Nutzung staatlichen Bodens unmöglich zu machen.

Daher ist eine breite kämpferische Bewegung der Landarbeiter, der armen Bauern und Stammesangehörigen so notwendig. Eine solche Bewegung können die Regierung der Staaten und die Zentralregierung zwingen, wesentliche Veränderungen der bestehenden Gesetzgebung vorzunehmen und eine richtige Verteilung von staatlichen Ländereien und Grundstücken in den sogenannten Waldgebieten zu gewährleisten.

Eine solche Bewegung, ein solcher Kampf ist durchaus möglich, wenn man die gegenwärtigen Veränderungen der politischen Lage des Landes und den Kampfgeist der Landbevölkerung berücksichtigt.

Die Forderungen der Kommunistischen Partei

Die Kommunistische Partei Indiens fordert:

1. Übergabe des gesamten staatlichen Bodens, und zwar des zur Bearbeitung geeigneten un bebauten Bodens sowie der für die Bodenbearbeitung geeigneten Grundstücke in den sogenannten Waldgebieten, die sich in den Händen der Dorfräte befinden, mit Ausnahme von Grundstücken, die die Gemeinden für Dorffriedhöfe benötigen, in das Eigentum der Landarbeiter, der ärmsten Bauern und der Stämme.

Die von den Gutsbesitzern, Monopolisten und anderen Ausbeuterklassen angeeigneten staatlichen Ländereien sollen in das Eigentum der ärmsten Bauern übergehen.

Sofortige Einstellung aller Repressalien gegen die landlosen werktätigen Massen, die staatlichen Boden besetzen, und gesetzliche Verankerung des Eigentumsrechtes auf diese Grundstücke. Trockenlegung aller zur Bearbeitung geeigneten Ländereien, die einer Melioration bedürfen, sowie Bereitstellung der dazu notwendigen Subventionen, und ihre Übergabe an die armen Bauern.

2. Alle Versuche, die Pächter vom Boden zu vertreiben, für ungesetzlich zu erklären, und alle Gutsbesitzer, die dieses Gesetz verletzen, mit einer Geldstrafe zu belegen. Alle Fälle von Vertreibung von Pächtern sollen von einem bestimmten Tag an, der entsprechend den Bedingungen eines jeden Staates festzulegen ist, für ungültig erklärt und der Boden jenen zurückgegeben werden, die ihn bearbeiten.

Die Zusatzbestimmungen zum Pachtgesetz, die eine Herabsetzung überhöhter Zinsen und Festsetzung eines gerechten Pachtzinses vorsehen, sollen in Kraft treten. Beseitigung des feudalen Grundbesitzes, Übergabe des Pachtgrundes in das Eigentum der Pächter und Herstellung direkter Kontakte zwischen Pächter und

Staat, wie es in Kerala praktiziert wird.

3. Durchführung wesentlicher Änderungen der Gesetzgebung über die Begrenzung der Fläche des Bodenbesitzes. Folgende Punkte sollen in dieses Gesetz aufgenommen werden: Ausweitung auf die Zuckerfabriken, mechanisierte Farmen und Religionsgemeinschaften gehörende Grundstücke. Desgleichen auch auf Weideland und Gärtnereien.

Festsetzung einer Höchstnorm von Bodenbesitz bei Berücksichtigung aller Familienmitglieder (Vater, Mutter, minderjährige Kinder, Töchter und andere Unterhaltsbedürftige) und nicht nur der Bodenbearbeitenden, wie es in einigen Staaten verordnet ist; bedeutende Verengung des Großgrundbesitzes. Die Festsetzung der Norm für Bodenbesitz soll unter Berücksichtigung der Qualität des Bodens und des Entwicklungsniveaus der einzelnen Staaten vorgenommen werden.

4. Strengste Beachtung des Gesetzes über das Verbot der Aneignung von Grundstücken der Stämme durch Personen, die dem Stamm nicht angehören. Beschlagnahme aller Grundstücke, die Wucherer und Gutsbesitzer im Flachland an sich gerissen haben und Rückgabe an die früheren Besitzer.

Übergabe des Bodens in den Waldgebieten an die Stämme. Durch Finanz- und technische Hilfe sollen Voraussetzungen für sie geschaffen werden, von der üblichen, ihrem Nomadenleben gemäßen Bebauungspraxis zu einer systematischen Bodenbearbeitung überzugehen.

5. In kürzester Frist allen jenen Personen kostenlos Grundstücke in Eigenbesitz zu übergeben, die auf Gutshöfen leben, ebenso kostenlos Baugrund für die obdachlosen ärmsten Schichten in den Städten und Dörfern zur Verfügung zu stellen.

6. Staatlicher Boden und Grundstücke in den Waldgebieten, Brachland sowie jener Boden, der nach Durchführung des Gesetzes über die Begrenzung des Bodenbesitzes übrigbleibt, soll unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse unter die Bauern aufgeteilt oder den Kooperativen der landlosen Armen übergeben werden.

Allen Schichten der Bevölkerung, die Boden erhielten, sollen von der Regierung Subventionen und billige Kredite gewährt werden.

7. In den verschiedenen Bodenkommissionen, die zwecks gerechter Bodenverteilung geschaffen wurden, soll eine entsprechende Vertretung der Organisationen der Landarbeiter, der Bauern und der Stämme gewährleistet werden.

Jede Art von Machenschaften, Teilung und Verkauf von Grundstücken durch die Gutsbesitzer für ungesetzlich zu erklären, wesentliche Korrekturen zum Gesetz über die Einschränkung des Grundbesitzes vorzunehmen und den brachliegenden Boden den Massen der landlosen Armen zu überlassen.

(Quelle: Informationsbulletin Nr.17/18)

STOCKHOLM/ KRIEGSVER- BRECHER- KOMMISSION

Hiermit setzen wir die in AIB Nr.5 (Demokratische Republik Vietnam) und in AIB Nr.6 begonnene Berichterstattung über die "Internationale Untersuchungskommission über die Kriegsverbrechen der USA in Indochina" fort. Diese Kommission tagte vom 22.-25.10.1970 unter dem Vorsitz des Friedenspreisträgers des (West)deutschen Buchhandels, Gunnar Myrdal.

DIE VERBRECHEN DER US-IMPE- RIALISTEN IN IHREM VERNICH- TUNGSKRIEG GEGEN DIE DRV

Die Administration Ngo Dinh Diem, Instrument der USA zur Unterminierung der Genfer Vereinbarungen und zur Neokolonialisierung Südvietnams, erhob von 1955 an lautstark den Anspruch, "nach Norden vorzudringen", "den Ben-Hai-Fluß aufzufüllen" und fortlaufend Marionettentruppen zum Übergriff auf die demilitarisierte Zone (DMZ) zu entsenden. Das führte an der provisorischen militärischen Demarkationslinie zu einer gespannten Situation. Der danach erfolgende Angriff gegen Nordvietnam war Teil des 1961 erarbeiteten Stanley-Taylor-Plans, der darauf ausgerichtet war, Südvietnam in einem Zeitraum von 18 Monaten zu befrieden. Zur Ausführung dieses Planes verstärkten die USA ihre provokativen und Sabotageaktionen gegen die DRV. Dutzende von Kommandogruppen wurden von den US-hörigen Anhängern Diems nach Norden entsandt, um unser Hinterland zu untergraben und militärische Aktionen zu unternehmen, um damit die Grundlage zu schaffen, den US-Aggressionskrieg auf ganz

Vietnam auszudehnen. Der Wachsamkeit des vietnamesischen Volkes ist es zu verdanken, daß alle diese Gruppen gefaßt wurden, bevor sie Verbrechen verüben konnten.

Angesichts des Fehlschlagens des "Spezialkrieges" in Südvietnam, gaben US-Präsident Johnson und Verteidigungsminister McNamara seit Anfang 1964 bei vielen Gelegenheiten zu verstehen, daß sie die Möglichkeit, den Krieg nach Nordvietnam zu tragen, nicht ausschließen würden. Ein 3-Stufen-Plan zum Angriff gegen den Norden, "Rostow-Plan Nr. 6" genannt, wurde erarbeitet:

- 1. Stufe: Blockade des Hafens von Haiphong
- 2. Stufe: Angriffe seitens der Seestreitkräfte auf küstennahe Einrichtungen Nordvietnams
- 3. Stufe: strategische Luftbombardierung Nordvietnams

Im Juni 1964 hielten die USA die Honolulu-Konferenz ab, um den Angriff auf die Demokratische Republik Vietnam aktiv vorzubereiten. Und nur zwei Monate später inszenierten sie den sog. "Zwischenfall im Golf von Tonkin" als Auftakt der Eskalation.

Die strategischen Zielsetzungen, die die US-Imperialisten in ihrem Vernichtungskrieg zugrunde legten, bestanden darin

- die Entschlossenheit des vietnamesischen Volkes in seinem Kampf gegen die US-Aggression und für die nationale Befreiung zu erschüttern;
- dem brüderlichen Südvietnam die effektive nordvietnamesische Unterstützung vorzuenthalten, die patriotische Bewegung der Südvietnamesen zu isolieren und zu beseitigen.
- das Wirtschafts- und nationale Verteidigungspotential der DRV zu schwächen und den Aufbau des Sozialismus im Norden zu untergraben.

Am 5. August bombardierten 64 US-Flugzeuge, die von den zwei Flugzeugträgern "Ticonderoga" und "Constellation" aus gestartet waren, den Hafen Hong Gai (Quang Ninh), Lach Truong (Than Hoa), Ben Thuy (Nghe An) und das Gebiet um den Gianh-Fluß (Quang Binh). Der "Zwischenfall im Golf von Tonkin", von den USA ausgeheckt, um die Weltöffentlichkeit und die öffentliche Meinung in den USA irrezuführen, lieferte L.B. Johnson einen Vorwand, sich vom US-Kongreß eine Resolution bestätigen zu lassen, mit der ihm freie Hand gegeben wurde, der US-amerikanischen Verfassung und dem Völkerrecht zum Trotz eine bewaffnete Aggression gegen Vietnam zu führen.

Zusammen mit der massiven Einschleusung von US-Expeditionstruppen nach Südvietnam seit 1965, dehnten die US-Imperialisten mit Hilfe der Luft- und Seestreitkräfte (hauptsächlich Luftstreitkräfte) ihren Aggressionskrieg in Form eines Eskalationskrieges auf Nordvietnam aus und begingen zahllose Verbrechen am vietnamesischen Volk. Luftangriffe, die zunächst gegen küstennahe Provinzen nahe der DMZ geführt wurden, erreichten allmählich den 20. Breitengrad, dann die nordwest- und nordöstlichen Zonen, Provinzen im Innern des Territoriums der DRV, Industriezentren, die sich bis zur vietnamesisch-chinesischen Grenze erstreckten. Schließlich wurden die Angriffe gegen die Hafenstadt Haiphong und die Hauptstadt Hanoi gerichtet und zwar in Form eines "Ultimatums", durch das das vietnamesische Volk die "pax americana" aufgezwungen werden sollte.

Vom 7. Februar bis 12. Mai griffen US-Flugzeuge zwischen dem 17. und 20. Breitengrad liegende Gebiete der Provinzen Vinh Linh bis Quang Binh, Ha Thin, Nghe An und Than Hoa an. Um seine Verbrechen in der einleitenden Phase zu rechtfertigen, stellte der Aggressor die Behauptung auf, Vergeltungsmaßnahmen gegen die Offensiven der Streitkräfte der südvietnamesischen Befreiungsfront und der Partisanen durchführen zu müssen. Als nächstes konstruierten die Aggressoren den Vorwand der sogenannten kontinuierlichen Vergeltungsschläge, um ihre grausamen Angriffe gegen bewohnte Gebiete zu entschuldigen. Schließlich erklärten sie, daß die Bombardements geführt worden seien, um Nordvietnams "Aggression gegen Südvietnam" zu stoppen.

Vom 18. Mai bis 24. Dezember 1965 flogen US-Flugzeuge über den 10. Breitengrad hinweg, um die Provinzen Ninh Binh, Nam Ha, Ha Tay, Hoa Binh, Vinh Phu, Tuyen Quang, Nghia Lo, Yen Bai, Son La, Lai Chau, Lao Cai, Lang Son, Ha Bac, Quang Ninh und Hai Hung anzugreifen.

Am 31. Januar griffen US-Flugzeuge heftig die Industriezentren Hang Gai-Cam Pha, Viet Tri und Thai Nguyen an.

Am 12. April 1966 wurden erstmals B-52 Bomber zu Flächenbombardements von bewohnten Gebieten in West-Quang Binh eingesetzt.

Vom 29. Juni 1966 an wurde eine neue Phase eingeleitet, die mit andauernden Luftangriffen auf den Hafen Haiphong und die Hauptstadt Hanoi einen heftigen Anfang nahm.

L.B. Johnson verkündete am 24. Februar 1967

offen drei sich ergänzende Maßnahmen:

- a) Einsatz von Artillerie mit großer Reichweite, um von den Stützpunkten südlich der DMZ den nördlichen Teil der DMZ und das Gebiet von Vinh Linh zu bombardieren.
- b) Bombardierungen der Küstengebiete von Nam Ha bis Cua Tung durch Kriegsschiffe der 7. Flotte.
- c) Verminung einer Anzahl von Meeresarmen und Flußmündungen sowie einiger Küstenregionen.

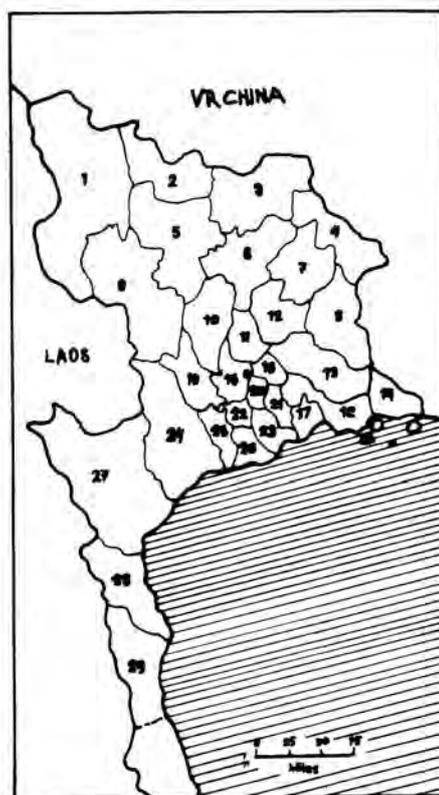
Vom 29. April 1967 bis zum 30. März 1968 wurden Angriffe vernichtenden Ausmaßes gegen das Gebiet von Vinh Linh und gegen Industriezentren gerichtet; sie verliefen parallel zu den großen Luftangriffen auf das Zentrum der Hauptstadt Hanoi und die Stadt Haiphong, die für die Dauer jener Eskalationsphase als Hauptziele galten.

Am 31. März 1968 verkündete L.B. Johnson die "begrenzte Bombardierung". Tatsächlich bedeutete dies nichts anderes als die Eingrenzung des zu bombardierenden Gebietes unter dem Aspekt größerer Wirksamkeit. Dazu wurde die gesamte Kriegsmaschinerie, die zuvor für ganz Nordvietnam bestimmt gewesen war, auf einen zwischen dem 17. und 20. Breitengrad liegenden Landstreifen konzentriert, der knapp einem Viertel des nordvietnamesischen Territoriums entspricht und in dem ca. ein Viertel der Bevölkerung lebte. Es wurde auf die grausamsten Angriffsmethoden zurückgegriffen mit dem Ziel, Bevölkerungszentren und Nahrungsmittel produzierende Gebiete durch die taktische Luftwaffe, koordiniert mit strategischen Bombern der 7. Flotte (zu dem Zeitpunkt verstärkt durch die U.S.S. New Jersey, ausgerüstet mit 406 mm Kanonen) sowie der US-Artillerie-Stützpunkte südlich der DMZ, auszulöschen. Die "begrenzte Bombardierung" stellte eine äußerst schwerwiegende Eskalation der Verbrechen dar, deren Ziel es war, das große, sich von Nghe An bis Vinh Linh erstreckende Gebiet in eine "free-fire"-Zone zu verwandeln, um eine Position der Stärke zu sichern, in der trügerischen Hoffnung, nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit das vietnamesische Volk, den Bombenstopp der USA mit einem Lösegeld bezahlen zu lassen.

Nach jedem Fehlschlag trieben die US-Imperialisten ihre Eskalation weiter vor, indem sie Kriegsmittel und -gerät vervielfachten, verbesserte Waffen mit größerer Zerstörungskraft einsetzten, zu noch bösartigeren Methoden der Kriegführung griffen und das Ausmaß der Angriffe ebenso vergrößerten wie die Zahl

der Angriffsziele. Nachdem sich schließlich sämtliche Eskalationsmanöver als wirkungslos erwiesen und dabei enorme Kosten an Menschen- und Kriegsmaterial nach sich gezogen hatten, und als sie darüberhinaus von den Völkern der Welt verurteilt wurden und auf den Widerstand des amerikanischen Volkes stießen, mußte die US-Regierung am 31. Oktober 1968 die totale und bedingungslose Beendigung der Bombardierung Nordvietnams erklären, was Ausdruck des Bankrotts ihrer Strategie der Eskalation des Krieges gegen die DRV war.

DRV: PROVINZEN



- | | |
|------------------------|------------------------|
| 1. Lai Chau | 16. Bac Ninh & Gia Lam |
| 2. Phong Tho & Lao Kay | 17. Kien An |
| 3. Ha Giang | 18. Quang Yen |
| 4. Cao Bang | 19. Hoa Binh |
| 5. Yen Bay | 20. Hung Yen |
| 6. Tuyen Quang | 21. Hai Duong |
| 7. Bac Kan | 22. Ha Nam |
| 8. Lang Son | 23. Thai Binh |
| 9. Son La | 24. Thanh Hoa |
| 10. Phu Tho | 25. Ninh Binh |
| 11. Vinh-Phuc Yen | 26. Nam Dinh & Bui Chu |
| 12. Thai Nguyen | 27. Nghe An |
| 13. Phu Lang Thuong | 28. Ha Tinh |
| 14. Hai Ninh | 29. Quang Binh |
| 15. Ha Tay | ● Hanoi |

Gleich vom Beginn des Angriffs gegen Nordvietnam an, flog die US-Luftwaffe Bevölkerungszentren an, und unternahm zunehmend heftigere Luftangriffe gegen Städte, gegen Provinz- und Bezirkshauptstädte, gegen Dörfer

hatte, um sich eine "überwältigende Position" im Eskalationsprozeß zu sichern, dehnten die US-Aggressoren ihren Angriffsbereich auf die materiellen und technischen Grundlagen der Fischerei, der Salzgewinnung und der Forstwirtschaft aus. Von Quang Ninh bis Cua Tung wurden auf hunderte von Fischereigenossenschaften, sowie auf Fisch und andere Meeresprodukte verarbeitenden Fabriken Luftangriffe geführt. 1.168 Fischer wurden von US-Kriegsschiffen entführt, nahezu 10.000 Fischerboote auf Flüssen, in küstennahen Gewässern und auf hoher See samt Ausrüstung versenkt. 46 Salzlager und 8 Aufforstungszentren wurden schwer beschädigt.

1.589 Schulen, darunter 76 Universitäten, technische Fachschulen sowie höhere Schulen, wurden von der Luftwaffe mit Sprengbomben, Brandbomben, Kugelbomben und Raketen überschüttet. Die angegriffenen Schulen waren über 25 Provinzen und Städte in Nordvietnam verstreut. 87 Schulen in Hanoi, 154 in Than Hoa, 15 in Hoa Binh und 15 in der Gebirgs-Provinz Yen Bai wurden beschädigt.

Mit ihrem Angriff gegen Schulen verbanden die US-Imperialisten die Absicht, Studenten und Schüler niederzuzumetzeln, deren Eltern einzuschüchtern und die Erfolge der Bildungsarbeit Nordvietnams zunichte zu machen.

Allein 1965 und 1966 töteten US-Bomben und Granaten 398 Schüler und 43 Lehrer und verwundeten 417 Schüler und 62 Lehrer.

Die neunjährige Schülerin Nguyen Thi Hue, deren Schädel durch einen Bombensplitter zerschmettert wurde, so daß die Gehirnmasse herausgespritzte, und die Lehrerin Le Thi Hien, deren Körper von 32 Stahlkugeln getroffen wurde, wobei ihre Blase durchbohrt wurde, waren nur zwei der 54 Opfer des Angriffs auf die höhere Schule von Ha Phu (Than Hoa) vom 27. September 1967.

In 10 christlichen Diözesen Nordvietnams griffen US-Flugzeuge 475 Kirchen, darunter 6 Kathedralen, 3 Seminare und viele Klöster an, wobei 4 Priester und 12 Ordensangehörige getötet und 8 Priester und 35 Ordensangehörige verwundet wurden. Mehrere hundert Gläubige wurden während eines Gottesdienstes getötet oder verwundet.

Auch Pagoden und buddhistische Tempel zählten zu den ausgewählten Zielen der US-Luftwaffe, die in 16 Provinzen und Städten 420 Angriffe gegen diese Stätten der Andacht führte und dabei buddhistische Vorsteher und Priester tötete.

US-Bomben zerstörten auch eine größere Anzahl kultureller und sozialer Einrichtungen. US-Flugzeuge griffen 379 kulturelle Einrichtungen an, darunter 162 Clubs, 12 Filmtheater, 10 Museen und historische Denkmäler. Sehenswürdigkeiten, wie die Holzpflaughöhle (Hang Dan Go) in Ha Long Bay, die Non-Nuoc-Pagode in der Provinz Ninh Binh ..., Kurorte wie Bai Chay, Do Son, Sam Son, Cua Lo ... Sie alle tragen die Spuren der US-Bomben.

Die heimtückischen Absichten und die Grausamkeiten der US-Aggressoren kamen nicht nur in der Wahl der Angriffsziele, sondern auch in den Mitteln und Methoden zum Ausdruck. Land und Leute Vietnams betrachteten sie als lebendes Labor zur Erprobung neuer taktischer Waffen, die durch die hier gewonnenen Erfahrungen verbessert werden sollen, um sie zur Unterdrückung anderer Völker der Welt einzusetzen.

Zum Zwecke des Angriffs auf Nordvietnam mobilisierten die US-Imperialisten eine riesenhafte Kriegsmaschinerie.

Mehr als die Hälfte der taktischen US-Luftwaffe, ein Teil der strategischen US-Luftwaffe mit 50 verschiedenen Flugzeugtypen, die gesamte 7. Flotte, ein Teil der 6. Flotte sowie 15 Flugzeugträger beteiligten sich abwechselnd an den Aktionen auf dem vietnamesischen Kriegsschauplatz.

Flugzeuge neuester Machart, darunter die B-52 Bomber und die F 111 A mit schwenkbaren Tragflügeln wurden zum Angriff auf bewohnte Gebiete eingesetzt.

Die US-Luftstützpunkte in Japan, im Pazifik, in Thailand und Südvietnam, dienten alle dem Vernichtungskrieg gegen Nordvietnam.

Mit 100.000 Luftsätzen, 12.500 Beschießungen, über 1 Million Tonnen Bomben und 752.000 Granaten aller Kaliber bekundeten die USA ihren Willen, "Nordvietnam in das Steinzeitalter zurückzubombardieren". Durchschnittlich gab es 300 bis 500 Einsätze täglich, mit denen Luftangriffe gegen Nordvietnam geführt wurden. Auf jeden Nordvietnamesen entfielen 50 kg US-Explosivstoffe.

Neben den allgemein gebräuchlichen Bomben von der Größenordnung 500 bis 3000 Pfund, neben Napalm und Raketen verwandten die US-Aggressoren auch eine Anzahl neuer oder verbesserter Waffen mit hoher Zerstörungs- bzw. Tötungskapazität.

Eine spezielle Art von Sprengbomben mit Zeitzündern, "Zerstörer" genannt, sowie Magnetbomben, die aufgrund geringfügigster Vibra-

tion bzw. der Nähe von metallischen Gegenständen explodieren, wurden über 23 Provinzen und 6 Städten abgeworfen, um den gewohnten Tagesablauf der Bevölkerung zu behindern und wahllos Zivilisten zu töten.

Schnellzündende Kugelbomben und solche mit Zeitzündern, die wirkungslos gegen Eisenbeton sind und fast ausschließlich gegen Menschen eingesetzt werden mit dem Ziel, Wunden zu verursachen, die kaum zu lokalisieren und zu behandeln sind, wurden über 346 Straßen, 6 Städten, 24 Provinzhauptstädten und mehr als 3.000 Dörfern abgeworfen. Über Hanoi lösten die USA 420 "Mutterbomben" aus, die 252.000 apfelsinenförmige Kugelbomben erhielten und Hunderte von Zivilisten verletzten.

Mit Super-Napalm verbesserte Napalm-Bomben wurden zusammen mit Phosphor, Thermit- und Magnesiumbomben mit einer Hitzeentwicklung von 1.500 bis 3.500 Grad über den Provinzen Phu Tho, Yen Bai, Nghe An, Ha Tinh und Quang Binh sowie dem Gebiet Vinh Linh abgeworfen und verbrannten Menschen, Güter, Getreide und Pflanzen.

Ferngesteuerte Shrike-Raketen, die beim Explodieren Zehntausende würfelförmiger Splitter ausstoßen, wurden von US-Flugzeugen auf Städte, Dörfer, Weiler, Krankenhäuser und Schulen gefeuert.

Im April 1965 wurden giftige Chemikalien über der Insel Con Co und im küstennahen Bereich der demilitarisierten Zone versprüht. 1966 wurde das Dorf Huong Lap, westlich des Vinh-Linh-Gebietes mit solchen Mitteln besprüht. Giftige Chemikalien wurden 1967 über neun Dörfer nördlich des Ben Hai-Flusses und 1968 viermal über den westlichen Teil von Quang Binh versprüht. Mehr als 2.000 Hektar Getreide wurden beschädigt, Hunderttausende von Obstbäumen vernichtet und mehrere Zivilisten vergiftet.

Prahlend verwiesen die US-Aggressoren auf ihre neuerfundene Selbstlenkbomben wie die "Wolley", die "Shakeye", die "Weteye" und die "Sadeye", die schon 1967 gegen Hanoi eingesetzt worden waren.

Aufklärungsflüge gingen den Angriffen voraus bzw. mit ihnen einher. Zu Kontrollzwecken und zur Vorbereitung künftiger Luftschläge wurde die Luftaufklärung auch nach den Angriffen betrieben.

Jedes Ziel war wiederholten Angriffen ausgesetzt, wobei Zeit, Wetterlage und Waffen folgendermaßen festgelegt wurden: Bombardierung von Deichen während Überschwemmungsperioden, von wasserwirtschaftlichen Anlagen

während Trockenperioden, von Schulen zur Unterrichtszeit, von Kirchen während des Gottesdienstes oder nach seiner Beendigung.

Im Hinblick auf die Provinzen südlich von Nghe An wurde von Napalm- und Phosphorbomben in der Jahreszeit ausgiebig Gebrauch gemacht, in der der Westwind von Laos herüberblies und das Klima trocken wurde, um unlöschbare Brände zu verursachen.

Ausgiebigst machten sich die US-Aggressoren den Überraschungsfaktor zunutze, um einen größeren Tötungseffekt zu erzielen. Die Anzahl der nächtlichen Luftangriffe stieg von 25% der gesamten Angriffe im Jahr 1967 auf 50% im Jahr 1968. Den Angriffen lag jedoch keine strenge und gleichbleibende zeitliche oder methodische Abfolge zugrunde: In bestimmten Zeitabschnitten fanden sie Tag und Nacht statt. Einige Angriffe wurden im Sturzflug vorgenommen, bei anderen wurde die Methode der Bombardierung durch "koordiniertes Lesen" angewandt. Vorherrschend waren die nächtlichen Bombardierungen ohne Leuchtkörper.

Wahllose Flächenbombardements auf das Gebiet Vinh Linh und die Provinz Quang Binh nahmen zu, um möglichst große Landstriche zu vernichten. 1968 wurden 148 solcher Bombardierungen registriert gegenüber 24 im Jahr 1966.

Sprengbomben, Zeitbomben, Brandbomben, Kugelbomben, Napalm und Raketen wurden bei einzelnen Angriffen koordiniert eingesetzt. Angriffe aus der Luft waren verbunden mit Granatfeuerangriffen von Kriegsschiffen und von Gebieten südlich der DMZ. Die Absicht war, sämtliche Gebiete in für Menschen unbewohnbares Niemandsland zu verwandeln.

Durch die enge Verbindung, die zwischen den US-Bombardierungsunternehmen einerseits und der psychologischen Kriegführung und sogenannten "Friedenskampagnen" andererseits bestand, sollte das vietnamesische Volk bewußt getäuscht und die Weltöffentlichkeit irreführt werden. Dem lag die "Zuckerbrot und Peitsche-Politik" der US-Imperialisten zugrunde, die darauf abzielte, im Verlauf der Eskalation maximalen Druck zu erreichen. Jedesmal, wenn sie von "Frieden" und "gutem Willen" sprachen, wurden noch mehr Bomben abgeworfen, noch modernere Waffen ins Spiel gebracht und noch mehr Ziele mit noch grausameren Angriffsmethoden unter Beschuß genommen.

Aus dem Bericht von Grant Sharp über "Luft- und Marineunternehmen gegen Nordvietnam", der am 30. Juni 1968 vorgelegt wurde, ging hervor, daß die USA wöchentlich schätzungsweise 2 Millionen und 1965 allein 77 Millionen Flugblät-

ter und 15.000 "Geschenke" im Sinne der psychologischen Kriegführung in Umlauf gebracht haben. Damit sollten die vietnamesischen Opfer verwirrt und zugleich aggressiv bedroht werden.

Die Spuren der Zerstörung, die die US-Bomben während des Vernichtungskrieges gegen Nordvietnam in bewohnten Gebieten hinterließen, ihre katastrophalen Auswirkungen auf Leben und Gesundheit des vietnamesischen Volkes, auf seine wirtschaftlichen Lebensgrundlagen und sein kulturelles und sittliches Leben, waren der überwältigende Beweis für die grausamen Verbrechen, die die US-Imperialisten begangen haben; ihren kriegshetzerischen, hartnäckigen und brutalen Charakter vermögen auch schlaue Tricks nicht zu verbergen.

Als Nixon seinen Präsidentenwahlkampf führte, machte er sich den Rückschlag, den Johnson erlitten hatte, voll und ganz zunutze, indem er dem amerikanischen Volk versprach, eine friedliche Beilegung des Vietnam-Problems recht bald zu finden und den "Krieg in Vietnam schnell zu beenden".

Doch seit seinem Einzug ins Weiße Haus hat Nixon seine Versprechen in schamloser Weise gebrochen und den Aggressionskrieg noch intensiver fortgesetzt, indem er die Politik der sog. "Vietnamisierung" durchsetzte. Tatsächlich war damit nichts anderes beabsichtigt, als die Besetzung Süd-Vietnams fortzuführen, die Marionettenregierung und deren Armee tatkräftig aufzubauen und mit überaus grausamen Maßnahmen die "Befriedung" voranzutreiben, um Südvietnam in eine Neokolonie und einen militärischen Stützpunkt der USA zu verwandeln und die Teilung Vietnams zu verewigen. Was Nordvietnam angeht, so hat die Nixon-Administration ihrer Verpflichtung, die Bombardierung der DRV vollständig zu beenden, offenkundig zuwidergehandelt.

Abgesehen von den verstärkten Aufklärungsflügen über allen nordvietnamesischen Provinzen einschließlich der Hauptstadt Hanoi und des Hafens Haiphong, hat Nixon außerdem Kampfflugzeuge, darunter die strategischen B-52 Bomber, giftige Chemikalien, Kriegsschiffe und die südlich der DMZ stationierte Artillerie mobilisiert, um die Angriffe gegen bewohnte Gebiete zwischen dem 17. und 20. Breitengrad fortzusetzen. Damit hat er sich neuerlicher Verbrechen gegenüber der nordvietnamesischen Bevölkerung schuldig gemacht.

Zur Vorbereitung neuer provokativer und aggressiver Handlungen im Jahr 1969 und den ersten Monaten des Jahres 1970, ließ die Nixon-Administration nahezu 30.000 Einsätze mit Spi-

onageflugzeugen fliegen und führte damit ca. 18.000 Aufklärungsaufträge über 25 Provinzen und Städten Nordvietnams aus. (99 allein über Hanoi.)

US-Düsenflugzeuge vom Typ F 4, F 105, A 6, A 7, F 8 U, ... warfen im Laufe von 1532 Angriffen 22.400 Sprengbomben und 1.200 Kugelbomben ab und feuerten 110 Raketen ab, ganz abgesehen von den 23.200 Tonnen Explosivstoff, den strategische B 52-Bomber bei 182 Flächenbombardements über bewohnten Gebieten des westlichen Quang Binh und des Vinh Linh-Gebietes abwarfen.

Kürzlich, in den ersten Tagen des Mai 1970, führten die USA neben der Intervention in Kambodscha durch US- und Saigoner Truppen gleichzeitig 270 Einsätze von Kampfflugzeugen der Typen F 4, F 105, F 8U, A 6, A 7 durch, um erneut massive Bombardements auf die Provinzen Nghe An und Quang Binh sowie das Gebiet Vinh Linh zu führen. Mit 700 Sprengbomben und 130 Kugelbomben wurden 42 Menschen getötet und 51 verwundet, viele Häuser zerstört, Güter und Ernten vernichtet. An vielen Tagen des Juni und Juli 1969 warfen US-Flugzeuge und Artilleriegeschosse giftige Chemikalien auf Dörfer des Vinh Linh-Gebietes und verwüsteten die Ernten, töteten Vieh und vergifteten Tausende von Menschen. Vor kurzem, im August 1970, versprühten die USA zweimal über dem nördlichen Teil der DMZ giftige Substanzen, durch die über 500 Zivilisten in Mitleidenschaft gezogen und die Ernten schwer beschädigt wurden.

Bei ihren Angriffen auf Nordvietnam verwendeten die USA Flechtbomben und -raketen, eine überaus gefährliche Waffe, die schon im Süden eingesetzt worden war (z.B. beim Luftangriff auf Vinh Linh am 24. Mai 1970).

Darüberhinaus kreuzten täglich 2 bis 3 Flugzeugträger und 14 bis 20 Kriegsschiffe in Küstennähe des Golfes von Tonkin und zwischen dem 17. und 20. Breitengrad, um Spionageaktionen und Provokationen durchzuführen und die Küstenfischer bei ihrer täglichen Arbeit zu gefährden.

Bislang haben US-Flugzeuge und Kriegsschiffe 75 Dörfer in 24 Bezirken der Provinzen Quang Binh, Ha Tinh, Nghe An und Than Hoa und dem Vinh Linh-Gebiet bombardiert und an 38 landwirtschaftlichen Genossenschaften, 3 staatlichen Farmen, 4 Staudämmen, 6 Schulen, 2 Krankenhäusern und 4 land- und forstwirtschaftlichen sowie Meeresprodukte verarbeitenden Betrieben Schäden hinterlassen.

Doch je mehr die Nixon-Administration den Krieg verlängert und je mehr Verbrechen sie

an Nordvietnam begehrt, desto teurer muß sie für ihre Handlungen bezahlen. So wie die Befreiungsarmee und die Bevölkerung Südvietnams 1969 und in den ersten Monaten 1970 glänzende Siege erringen konnte, so haben Armee und Bevölkerung von Nordvietnam 105 US-Flugzeuge abgeschossen, wodurch sich die Gesamtzahl der zwischen dem 5. August 1964 und dem 30. September 1970 über Nordvietnam abgeschossenen US-Flugzeuge auf 3.362 erhöhte.

Bei Beginn des Eskalationskrieges gegen Nordvietnam erhofften sich die US-Imperialisten, durch den Einsatz moderner Luft- und Seestreitkräfte und einer ungeheuer umfangreichen Kriegsmaschinerie, ihre strategischen Zielsetzungen ohne weiteres zu erreichen: nämlich das vietnamesische Volk zur Kapitulation zwingen und ihre neokolonialistischen Aggressionspläne verwirklichen zu können. Aber das genaue Gegenteil der Berechnungen trat ein und mußte eintreten: die zahllosen Verbrechen der US-Imperialisten haben den Haß des vietnamesischen Volkes nur vertieft.

Die US-Aggressoren glaubten, sie könnten mit der Gewalt der Bomben und Granaten das gesamte Kommunikationsnetz zu Lande und zu Wasser in kurzer Zeit zerstören, den Norden vom Süden trennen und ihre Absicht, den südvietnamesischen Freunden und Verwandten die Unterstützung durch die nordvietnamesische Bevölkerung zu verwehren, verwirklichen. Doch je heftiger die Angriffe werden, desto enger verbünden sich die Nordvietnamesen mit ihren südvietnamesischen Brüdern und Schwestern, und desto entschlossener sind sie, alle Schwierigkeiten und Härten zu überwinden, um ihrer Verpflichtung, für die große Front ein großes Hinterland zu sein, unter allen Umständen gerecht zu werden.

Die US-Aggressoren planten, Nordvietnams Wirtschafts- und nationales Verteidigungspotential sowie den sozialistischen Aufbau zu untergraben. Nordvietnam bleibt jedoch standhaft und entwickelt sich weiter. (...)

Eines der Hauptziele des Vernichtungskrieges der US-Imperialisten ist es, in Übereinstimmung mit dem Vorgehen des US-Expeditionskorps zu handeln, um den Plan, Südvietnam in einen US-Militärstützpunkt und eine Kolonie neuen Typs zu verwandeln, zu verwirklichen. 4 Jahre Vernichtungskrieg gegen Nordvietnam haben sie jedoch gelehrt, daß das Ausmaß der Niederlage, das ihnen beigebracht wird, dem Grad ihrer Eskalation direkt proportional ist. Besonders seit dem Frühjahr 1968 haben die südvietnamesische Befreiungsarmee und die Bevölkerung durch ständige Offensiven und gleich-

zeitige Aufstände den Schlupfwinkeln des Aggressors - in den Städten ebenso wie in den Gebirgsregionen -, wirksame Schläge versetzt. Damit haben sie noch nie dagewesene Heldentaten vollbracht, den Kampf einem Wendepunkt zugeführt und die 1.200.000 starken Streitkräfte der USA und ihrer Verbündeten und der Marionettenregierung in eine Situation der Passivität und der Defensive getrieben und sie genötigt, an die Stelle der Offensivstrategie des "Suchens und Vernichtens" die Defensivstrategie des "Säuberns und Haltens" zu setzen.

Die Leistungen der nordvietnamesischen Armee und Bevölkerung, die darin bestehen, daß in den vier Jahren Vernichtungskrieg 3243 Flugzeuge abgeschossen und 143 Kriegsschiffe versenkt oder in Brand gesteckt worden sind, die bemerkenswerten Siege der südvietnamesischen Befreiungsarmee und der Bevölkerung, die sie mit der Ausschaltung von 700.000 GI's und 1 Million Marionettentruppen, mit der Erweiterung des befreiten Gebietes und der überall erfolgten Etablierung der Volksmacht erungen haben, haben die US-Imperialisten bis zum Halse im Schlamm versinken lassen. Angesichts ihrer militärischen und politischen Rückschläge im Spätoktober 1968 waren die US-Imperialisten gezwungen, sämtliche Luft- und Seebombardements auf das gesamte Territorium der DRV bedingungslos einzustellen, womit sie das völlige Fehlschlagen ihres Vernichtungskrieges gegen Nordvietnam eingestehen mußten. (...)

(Quelle: Hektografierte Konferenzmaterialien)

DIE CHEMISCHE KRIEGFÜHRUNG DER USA IN SÜDVIETNAM

1. Pläne und Vorgehen der amerikanischen Imperialisten bei der von ihnen in Südvietnam praktizierten chemischen Kriegführung

Zur Verstärkung des "Spezialkrieges" in Südvietnam haben die US-Imperialisten und ihre Lakaien seit 1961 auf der Grundlage des Stanley-Taylor-Planes die chemische Kriegführung vorbereitet. Sie hatten vorgesehen, ihre Untersuchungen und Studien der Topographie und der Operationsziele (Ziele für den künftigen Einsatz chemischer Giftstoffe) im Jahre 1961 abzuschließen und haben zu diesem Zeitpunkt auch mit der Verbreitung ihrer giftigen Chemikalien an einer Reihe von Orten begonnen.

Sie begannen dann in immer stärkeren Maße mit giftigen Chemikalien zu experimentieren.

Am 15. Dezember 1962 kündigte Radio Saigon an, man werde, "wenn sich die ersten Versuche als erfolgreich erweisen, ein ausgedehntes Programm zur Anwendung bringen." Seit Anfang 1962 wurden chemische Giftstoffe in großem Umfange in vielen Teilen Südvietnams eingesetzt. Seit Anfang 1964 wurde der Einsatz von Giftgas ständig verstärkt.

Die amerikanische Militärkommandantur in Saigon hat ihre Truppen ermächtigt, Giftgase einzusetzen, die als "Hauptkampfmittel" in Südvietnam angesehen werden. Ziel der amerikanischen chemischen Kriegführung in Südvietnam ist die Zerstörung der Ernten, der Wälder usw., zur Unterstützung aller im Rahmen der "Flächenoperationen" eingesetzten Waffen. Die kurz- und langfristigen Ziele dieser Kriegführung bestehen genau darin, die Bevölkerung zu töten und die Natur zu zerstören, um den Kampfeswillen der Südvietnamesen zu brechen.

2. Aktionen zur Ausbreitung der als "Herbizide" ¹⁾ bezeichneten chemischen Giftstoffe

Beweismaterial: Von 1961 bis 1969 haben die Amerikaner beträchtliche Mengen chemischer Giftstoffe eingesetzt, die als "Herbizide" bezeichnet werden. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um

- Verbindungen von 2,4-D und 2,4,5-T ²⁾
- Picloramverbindungen (Verbindungen der Trichlorpicolinsäure) ³⁾
- Phenolverbindungen aus der DNOC-Gruppe ⁴⁾
- Arsenite und Arsenate

Mit dem Ziel, Bevölkerung, Kultur und Natur Südvietnams zu treffen, wurde die Ausbreitung chemischer Giftstoffe kontinuierlich mehrere Jahre hindurch immer häufiger und in immer größerem Ausmaß betrieben.

1. Finanzielle Eskalation:

- Nach den offiziell veröffentlichten Zahlen
- haben die USA 1964/65 insgesamt 17,1 Mio Dollar für chemische Giftstoffe des "Herbizid"-Typs ausgegeben;
 - 1965/66 waren es 30,3 Millionen,
 - 1967 40 Millionen und
 - 1968 70,8 Millionen (The Guardian, 25.6.68)

2. Planmäßige Ausdehnung des mit chemischen Giftstoffen belegten Gebietes:

Noch unvollständigen Statistiken ergeben sich für die Ausweitung des betroffenen Ge-

bietes und die damit verbundene Verwüstung in Südvietnam folgende Zahlen:

Jahr	mit Giftstoffen belegte Bodenfläche (in ha)	Anzahl der vergifteten Personen
1961 (August bis Dezember)	560	180
1962	11.030	1.120
1963	320.000	9.000
1964	500.230	11.000
1965	700.000	146.240
1966	876.490	258.000
1967	903.320	279.700
1968	989.300	302.890

3. Unter der Regierung Nixon wurde die Verbreitung giftiger Chemikalien intensiviert. Nach unvollständigen Zahlen belaufen sich die durch die chemische Kriegführung unter der Regierung Nixon erlittenen Verluste auf:

Jahr	mit Giftstoffen belegte Bodenfläche (in ha)	Anzahl der vergifteten Personen
1969 (Januar bis Oktob.)	906.780	285.740

Die Mehrzahl der südvietnamesischen Provinzen ist von der Verwendung chemischer Giftstoffe direkt betroffen.

Wiederum aufgrund noch unvollständiger Zahlen ergibt sich:

- Die Gesamtfläche von landwirtschaftlich genutztem Land, das von der Ausbreitung chemischer Giftstoffe betroffen wurde, beläuft sich auf 13.000 km² (wobei zu berücksichtigen ist, daß davon einige Orte viele Male vergiftet wurden);
- die Gesamtfläche von bewaldeten Gebieten, die mit Giftstoffen besprüht wurden, beträgt 25.000 km² (auch hier wurden verschiedene Gebiete mehrfach besprüht).

Es sind außerdem noch weitere Gebiete betroffen; aufgrund der Kriegsbedingungen waren wir jedoch nicht in der Lage, eine präzise Schätzung abzugeben. Die Anzahl der vergifteten Personen beläuft sich nach ersten Schätzungen auf 1.293.000 (wobei zu beachten ist, daß sehr viele Bewohner Südvietnams mehrere Male betroffen wurden).

4. Beim Einsatz von Herbiziden für militäri-

sche Zwecke haben die USA Methoden angewandt, mit denen diese Herbizide zu chemischen Giftstoffen werden,

die die maximale Zerstörung von Obstgärten, Wäldern und Erntebeständen sowie schädliche Auswirkungen auf Menschen und Tiere zur Folge haben.

Es folgen einige der Methoden, mit denen die Amerikaner die Herbizide in giftige Chemikalien verwandeln:

- a) Einsatz unverdünnter Chemikalien;
- b) Verwendung von Herbiziden in sehr starken, hochkonzentrierten Gemischen;
- c) Wiederholtes Versprühen durch amerikanische Flugzeuge an der gleichen Stelle;
- d) Anwendung giftiger Chemikalien durch amerikanische Truppen in warmen und tropischen Gebieten;
- e) Einsatz von Chemikalien während der Blüte- und Reifeperiode der Vegetation und der Erntebestände;
- f) blinder Einsatz der giftigen Chemikalien in dichtbesiedelten Gebieten, in denen die Bevölkerung keine Möglichkeit hat, sich zu schützen.

Im Jahre 1969 haben die US-Imperialisten innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums und an vielen Stellen fortwährend und massiv Giftstoffe eingesetzt. Im Juni 1969 haben amerikanische Flugzeuge in vier Angriffen giftige Chemikalien über 6 Distrikte der Provinz Quang Ngai (Ba To, Son Ha, Tra Bong, Song Re, Minh Long und Son Tay) versprüht. Auf einer Gesamtfläche von 5.000 ha wurde die gesamte Maisernte vernichtet, auf über 4.000 ha gingen 20 Millionen Cassava-Pflanzen zugrunde. Tausende von Büffeln und anderen Herdentieren verendeten unter der Gifteinwirkung. Es ist ferner festzuhalten, daß eine große Anzahl von Bergbewohnern aufgrund der Vergiftung erkrankten. Dies waren die umfangreichsten Einsätze giftiger Chemikalien in der Provinz Quang Ngai.

Während der ersten Novembertage 1969 warfen die USA ständig giftige Chemikalien über mehr als 20 Dörfer der Distrikte Cai Be, Cai Lay und Cho Gao (Provinz My Tho) ab. Im Distrikt Cai Be überflogen am 11. November 1969 amerikanische Hubschrauber dutzende Male die Dörfer My Duc Dong, My Duc Tay und My Loi. Am gleichen Tage warfen sie ein neues Quantum giftiger Chemikalien über zahlreichen Dörfern ab, die am Nguyen-Van-Tiep-Kanal liegen. Vom 14. bis 18. November 1969 warfen die Amerikaner giftige Chemikalien über den Dörfern Long Trung, Long Khan, An Thanh Thuy und Hoa Dinh

(im Distrikt Cho Gao) ab.

In all diesen Dörfern zerstörten diese giftigen Chemikalien viele tausend Hektar Reisfelder, tausende Hektar Obstgärten und vergifteten Tausende von Menschen.

Die giftigen Chemikalien werden von den Amerikanern eingesetzt, um die wirtschaftlichen Grundlagen der südvietnamesischen Bevölkerung zu zerstören, um die Bevölkerung in Elend und ständiger Hungersnot zu halten. Außerdem wollen sie die Natur selbst zerstören, so daß die Bevölkerung und Vegetation Südvietnams ihrer notwendigen Existenzbedingungen beraubt werden.

Die Verbreitung giftiger Chemikalien durch die Amerikaner hat für die Menschen schwerwiegende direkte Auswirkungen. Folgende Symptome wurden bei Opfern in Mittel-Trung Bo und im Delta von Nam Bo festgestellt:

Wer sich in diesen Gegenden aufgehalten hatte oder direkt betroffen worden war, litt an Atemnot, Müdigkeit und verschiedenen anderen Symptomen wie Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit, Fieber, Durst, es waren vor allem die alten Leute, die Kinder und schwangere Frauen betroffen. Viele von ihnen litten an Erbrechen und Koliken. Andere hatten Muskellähmungen, Hände und Füße wurden gefühllos. Weitere beobachtete Symptome waren Haarausfall, Schluckbeschwerden, Schmerzen in der Brust und in der Lendengegend, Blutungen der Verdauungsorgane usw.

Immer wenn die giftigen Chemikalien die Haut berührten, riefen sie kleine rote Pusteln hervor, die Haut sonderte Schweiß ab und schwell an.

Unter den Frauen wurden oft Menstruations-schwierigkeiten festgestellt und eine Reihe schwangerer Frauen erlitt Fehlgeburten.

Nach der Saigoner Tageszeitung Tin Sang (Morgenausgabe) vom 20. Juni 1969 "wies Dr. Pham Tu Chinh, der Direktor des Hung-Vuong-Krankenhauses, darauf hin, daß von Anfang Januar bis Anfang Juni 1969 von insgesamt 5480 eingelieferten Patienten 49 Fälle von Fehlgeburten waren".

Bei den Tausenden von Vergifteten in Südvietnam wurde eine beträchtliche Anzahl von Krankheiten in der Folge der Vergiftungen erfaßt. So beispielsweise im Fall von N. Pham Cong, einem Bewohner der Provinz Quang Tri, bei dem unbestreitbar pathologische Vergiftungssymptome auftraten.

Unter den Haustieren sind Hühner und Schweine am meisten betroffen. In An Loa verende-

ten hunderte im Freien aufgezogene Schweine, nachdem sie vergiftete Pflanzen gefressen hatten. Symptome: Fieber, Atemschwierigkeiten, rote Flecke auf der Haut, Anschwellen des Bauches, gefolgt vom Tod des Tieres. Die Hühner wurden unfruchtbar.

Das gleiche passierte mit den Enten, die noch schneller verendeten oder noch unfertige Eier legten.

Zahllose Fische in den Flüssen und Teichen starben, gleichfalls unter Einwirkung der giftigen Chemikalien.

Allgemein wurden Menschen und Tiere vergiftet, weil sie

- + von giftigen Chemikalien verseuchte Nahrung zu sich nahmen
- + vergiftetes Wasser tranken
- + vergiftete Luft einatmeten
- + mit giftigen Chemikalien in Berührung kamen.

Wir möchten ferner zeigen, daß die giftigen Chemikalien des "Herbizid"-Typs nicht nur direkte und sofortige Wirkungen auslösen, sondern Nachwirkungen haben, die in der Bevölkerung und in der Natur Südvietnams noch lange anzutreffen sein werden.

Die von den Amerikanern verübte Zerstörung der Wälder Südvietnams hat schwerwiegende Auswirkungen auf das Klima gehabt. In den Regionen, wo die Vegetation zerstört wurde, ist der Sommer viel heißer und der Winter viel kälter als vorher. Das Klima ist nicht mehr das gleiche, und unter diesen Auswirkungen leiden auch die Anbautechniken. Die über immense Flächen hinweg ihrer Belaubung beraubten Wälder können ihre Rolle als Schutz vor Windböen und Wirbelstürmen nicht mehr erfüllen.

3. Der Einsatz von Giftgas

Die von den Amerikanern in Südvietnam unter der Bezeichnung "Tränengas" eingesetzten Giftgase

Von 1964 bis 1969 haben die Amerikaner folgende Gase benutzt:

- + CS, CS-1, CS-2 (dessen wesentlicher Bestandteil Ortho-Chlorobenzyliden-Malononitril ist)
- + CN (Chloracetophenon)
- + DM (Adamsit oder 10-Chlor-5-10 Dihydrophearsazin)
- + CNS (dessen entscheidender Bestandteil Chloropicrin oder Trichlorur-Nitromethan ist)
- + Bromacetatäthyl
- + Giftige Gase, die das Nervensystem angreifen

Mit dem Ziel des Massenmordes an der süd-

vietnamesischen Bevölkerung verwenden die Amerikaner giftige Gase ohne jede Beschränkung (in den am dichtesten besiedelten Gebieten und in immer steigender Häufigkeit), zusammen mit anderen Kampfmitteln.

Unter der Nixon-Administration haben die Amerikaner den Einsatz von Giftgas sogar noch verstärkt. Nach dem "Montreal Star" vom 24.7. 1969 wurden im Jahre 1969 16mal soviel giftige Materialien wie im Jahre 1964 an die US-Streitkräfte ausgeliefert.

Von 1964 bis 1969 haben die Amerikaner von den Chemikalien CS-1 und CS-2 in Südvietnam 7.000 Tonnen eingesetzt (Aussage von Prof. Meselson in Boston, 3.1.1970).

1) 1969 und schon vorher haben die Amerikaner Giftgas in großem Umfang eingesetzt.

Da die Menge der auf den Erdboden fallenden giftigen Stoffe sehr groß ist und sich das betroffene Gebiet sehr weit erstreckt, rufen die "Tränengase" nicht nur Reizungen hervor, sondern haben auf Menschen tödliche Auswirkungen.

Im Januar 1969 versprühten amerikanische Flugzeuge CS und giftige Chemikalien über den bebauten Feldern der folgenden Ortschaften: Binh Khe, Hoai An, Hoai Nhon, An Lao, Vinh Thanh, An Nhon, Tuy Phuoc, Phu My, Phu Cat und anderen (Provinz Binh Dinh).

Vom 10. bis 30 September 1969 versprühten amerikanische Flugzeuge wiederholt giftige Chemikalien und den Inhalt von tausenden Behältern des giftigen Gases CS über die Dörfer Ninh Thanh und Hiep Ninh (über ein Gebiet von insgesamt 15 qkm in der Nähe des Cao-Dai-Heiligtums Tey Ninh). Danach wurden noch über 500 Gasgranaten auf die gleichen Ortschaften abgefeuert. Über 1.000 Gelehrte der Cao-Dai-Sekte wurden vergiftet, 13 Kinder starben.

2) Tränengas in kleineren Mengen ruft Reizungen hervor; in großen Mengen in einem abgeschlossenen Raum eingesetzt (z.B. in einem unterirdischen Schutzraum) kann es zum Tode führen, da die Menschen keine Möglichkeit haben, sich davor zu schützen.

Dem Spezialbericht Nr. A 7875 vom 1. Juli 1969, der von Fachleuten verschiedener Nationalitäten über chemische und bakteriologische Waffen veröffentlicht wurde, entnehmen wir die folgende Tabelle:

Tränengase	Menge, die Reizungen hervorruft (mg/cbm)	Menge, die für den menschlichen Organismus unerträglich ist
Adamsit (DM)	0,1	2 - 5

Chloraceto-phenon (CN)	0,3 - 1,5	5 - 15
Orthochloro-benzilyden-Malononitril (CS)	0,05- 0,1	1 - 5
Äthylbromacetat	5	5 - 10

Tränengase	Tödliche Dosis (mg/min/cbm)
Adamsit	15.000 - 30.000
Chloraceto-phenon (CN)	8.500 - 25.000
Orthochloro-benzilyden-Malononitril (CS)	40.000 - 75.000
Äthylbromacetat	25.000

Weitere wissenschaftliche Dokumente haben außerdem ergeben, daß sich die tödliche Dosis von Adamsit auf 3 mg pro Liter in 10 Minuten beläuft, von Chlorolicrin auf 2,4 mg pro Liter in 10 Minuten.

Es ist eine Tatsache, daß die amerikanischen Soldaten in Südvietnam die giftigen Gase in die Schutzräume leiten, zu denen die Bevölkerung Zuflucht nimmt, und dadurch den Tod unzähliger Menschen verursachen.

Während einer von amerikanischen Truppen und ihren Marionetten auf der Halbinsel Ba Lang (in der Provinz Quang Ngai) vom 13. Januar bis 3. Februar 1969 durchgeführten "Such- und Vernichtungsoperation" zwangen amerikanische Soldaten 10 Menschen zwischen 64 und 77 Jahren und eine hochschwangere Frau, sich in einen Schutzraum zu begeben, und brachten sie dann um, in dem sie Gas in den Schutzraum leiteten.

Heute sind chemische Kampfstoffe offizielle Waffen, die von den amerikanischen Truppen, ihren Satelliten und Marionetten in Südvietnam eingesetzt werden.

Alle bewaffneten Truppenteile (Luftwaffe, Marine, Panzertruppe, Fallschirmjäger, Infanterie, Marineinfanteristen) sind mit Ausrüstungen zum Einsatz von Giftgas versehen. Kampftruppen, Rangers, Landpolizei und zivile Wachtposten sind mit dem gleichen Kriegsmaterial ausgerüstet. Die Gaswaffen der amerikanischen Truppen, Satelliten und Marionetten sind Handgranaten, Mörsergranaten, Geschützgranaten bei der Marineinfanterie, Bomben und Raketen bei der Luftwaffe; Sprayvorrichtungen sind an Hübschraubern befestigt oder werden von den Soldaten der Spezialein-

heiten auf dem Rücken getragen. Die amerikanische Luftwaffe ist ihrerseits mit zahlreichen perfektionierten Waffensystemen ausgerüstet: Bomben und Sprayvorrichtungen, die Giftgas über ein riesiges Gebiet verbreiten.

(...)

(Quelle: Hektografierte Konferenzmaterialien)

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Herbizide sind Mittel zur chemischen Unkrautbekämpfung. Sie spielen in der modernen Landwirtschaft eine entscheidende Rolle bei der Steigerung der Erträge und bei der Einsparung von Arbeitskräften. Chemische Kriegsführung ist der absichtliche Einsatz von synthetisch hergestellten Chemikalien, um Tod oder Schädigung an Menschen, Nutztieren oder Nutzpflanzen hervorzurufen.
- 2) 2,4-Dichlorphenoxyessigsäure und 2,4,5-Trichlorphenoxyessigsäure entlauben nicht nur Pflanzen sondern gelten auch als tödlich für Pflanzen und Menschen. In den Flugschriften, die Dow Chemical den Packungen beilegt, steht zu lesen: 1. Bereits kleine Mengen von 2,4,5-T können schwere Schäden an Pflanzen hervorrufen (...). 2.(...) 3. Es muß sorgfältig darauf geachtet werden, daß Trinkwasser und Bewässerungsgräben nicht verunreinigt werden. 4. Das Mittel soll außerhalb der Reichweite von Kindern aufbewahrt werden. Das Mittel kann Reizungen der Haut und der Augen hervorrufen.(...)
- 3) Picloram ist seiner chemischen Zusammensetzung nach 4-Amino-3,5,6-trichloro - Picolinsäure. Der Handelsname ist "Tordon". Es ist wesentlich wirksamer als die oben genannten Herbizide. In einem Versuch an Gurkenblättern waren bei Tordon 0,8 mg je Liter, bei 2,4,5-T dagegen 80 mg und bei 2,4-D sogar 320 mg erforderlich, um die gleiche Wirkung zu erzielen. Tordon behält seine Wirkung über lange Zeiträume. Bei einer Aufwandmenge von 5,5 kg pro ha wirkte 2,4-D nach 56 Tagen nicht mehr; 2,4,5-T hatte nach 87 Tagen seine Wirkung eingebüßt, während Tordon noch nach 568 Tagen, das sind ein Jahr und sieben Monate, in einer zur Abtötung der Pflanzen ausreichenden Menge im Boden lag.
- 4) DNOC (Dinitroorthokresol) übertrifft an Giftigkeit für den Menschen und für warmblütige Tiere die meisten anderen Herbizide. An Arbeitsplätzen, an denen mit diesem Mittel gearbeitet wird darf die Konzentration von DNOC 0,2 mg pro Kubikmeter Luftraum nicht übersteigen.